



Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats der Stadt Biberach - öffentlich -

am 17.11.2014

Beginn: 18:30 Uhr

Ende: 21:20 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 32 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Oberbürgermeister Zeidler

Mitglieder:

Herr Stadtrat Abele
Herr Stadtrat Bode
Frau Stadträtin Bopp
Herr Stadtrat Braig
Herr Stadtrat Brenner
Herr Stadtrat Deeng
Herr Stadtrat Etzinger
Frau Stadträtin Etzinger
Herr Stadtrat Funk
Frau Stadträtin Goeth
Frau Stadträtin Gutermann
Herr Stadtrat Hagel
Frau Stadträtin Handtmann
Herr Stadtrat Heidenreich
Herr Stadtrat Heinkele
Herr Stadtrat Hummler
Herr Stadtrat Keil
Herr Stadtrat Kolesch
Frau Stadträtin Kübler
Herr Stadtrat Lemli
Herr Stadtrat Dr. Metzger
Herr Stadtrat Pfender
Herr Stadtrat Dr. Rahm
Herr Stadtrat Dr. Schmid
Herr Stadtrat Schmogro
Frau Stadträtin Sonntag
Herr Stadtrat Späh
Herr Stadtrat Walter
Herr Stadtrat Weber
Herr Stadtrat Dr. Wilhelm

entschuldigt:

Frau Stadträtin Jeggle
Herr Stadtrat Mader

Gäste:

ca. 65 Bürger

Verwaltung:

Frau Appel, Schriftführung
Herr Ortsvorsteher Aßfalg, Stafflangen
Herr Beck, Forstamt
Herr Ortsvorsteher Boscher, Ringschnait
Frau Christ, Stadtplanungsamt
Frau Fürgut, Assistenz Oberbürgermeister
Herr Ortsvorsteher Imhof, Rißegg
Herr Kopf, Hochbauamt
Herr Ortsvorsteher Krause, Mettenberg
Herr Bürgermeister Kuhlmann
Frau Leonhardt, Kämmereiamt
Frau Ludwig, Ordnungsamt
Herr Maucher, Umweltschutz
Frau Miller, Assistenz Erster Bürgermeister
Herr Rechmann, Tiefbauamt
Herr Kulturdezernent Dr. Riedlbauer
Frau Schneider, Amt für Bildung, Betreuung und Sport
Herr Simon, Hauptamt
Herr Erster Bürgermeister Wersch

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Begrüßung Oberbürgermeister Zeidler	
2.	Grußwort Ortsvorsteher Walter Boscher	
3.	1. Lesung des Haushaltsplanentwurfs 2015 der Stadt Biberach	
4.	Aufstellung der Änderung des Bebauungsplans "Ortsmitte Ringschnait"	228/2014
5.	Bekanntgaben - Wasserschaden Wilhelm-Leger-Sporthalle	

Die Mitglieder wurden am 12.11.2014 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung in BIBERACH KOMMUNAL am 12.11.2014 ortsüblich bekannt gegeben.

TOP 1 Begrüßung Oberbürgermeister Zeidler

OB Zeidler begrüßt den Gemeinderat und die anwesenden Zuhörer. Er bezeichnet es als Premiere, den Haushalt erstmals in großem Rahmen vor relativ großem Publikum einzubringen. Die Sitzung zur Einbringung des Haushalts bezeichnet er als eine der wichtigsten, politischen und spannendsten Sitzungen im Jahreskalender. Dabei würden die Weichen gestellt und die Schwerpunkte für die künftige Arbeit gelegt. Aus den Ortschaften sei der Wunsch an ihn herangetragen worden, die wechselseitige Beziehung zu stärken, weshalb er entschieden habe, künftig die Haushaltseinbringung in einer der Ortschaften abzuhalten. Beim anschließenden Stehempfang bestehe dann die Möglichkeit zum Gespräch.

2014 sei sehr prägnant für Ringschnait gewesen. Sportlich nennt er dabei den Aufstieg der Fußballer in die Landesliga. Umweltpolitisch sei es weniger erfreulich gewesen mit dem Hochwasserereignis im August. Als kulturelles Highlight nennt er den georgischen Abend des Partnerschaftsvereins, der in Ringschnait stattgefunden habe sowie am 29. November den Auftritt von Peter Kraus und anderen. An politischen Themen nennt er die Bürgeraktivitäten rund um das Thema B 312. Er bezeichnet es als gut, wenn Bürger sich einmischen, egal ob dies für oder gegen etwas sei. Wichtig sei, dass dies sachlich geschehe, was bei allen Aktivitäten um die B 312 der Fall gewesen sei.

TOP 2 **Grußwort Ortsvorsteher Walter Boscher**

Ortsvorsteher Boscher führt aus, eine Gemeinderatssitzung in den Teilorten habe es bisher nicht gegeben. Man habe sich Mühe gemacht, die Halle ansprechend herzurichten. Wesentliche Punkte der Tagesordnung seien die Haushaltseinbringung und der Aufstellungsbeschluss zur Gestaltung der Ortsmitte Ringschnait. Angesichts immer höherer Auflagen bei der Ausweisung von Bebauungsplänen komme der Innenentwicklung hohe Bedeutung zu und es sei wichtig, diese zu intensivieren. Hier werde nun in Ringschnait ein Einstieg gemacht, wobei eine sinnvolle Dorfentwicklung erst mit der Ortsumfahrung möglich sei.

Als Themen der nächsten Jahre nennt er daher die zeitnahe Umsetzung der Ortsumfahrung Ringschnait/Erlenmoos/Edenbachen, für die beim Bund Mittel angemeldet seien. Die Basisarbeit müsse aber weitergehen, beispielsweise durch Präsenz bei politischen Anlässen. Daher werde man auch beim Spatenstich zur Ortsumfahrung Friedrichshafen B 312 Präsenz zeigen. Zum Ausbau der B 312 zwischen Jordanbad und Ringschnait bereite Hoffnung, dass das für 2011 geplante Projekt 2015 auf den Weg gebracht werde. Wie schnell sich Prioritäten ändern könnten, habe das Hochwasser gezeigt, von dessen Auswirkungen Kommunen, Vereine und Privathaushalte betroffen seien und man sei nur knapp einer Katastrophe entkommen. Er appelliert die Anstrengungen zu erhöhen, und das Regenüberlaufbecken Im Grumpen in Angriff zu nehmen. Der Gemeinderat sei hierbei gefragt, die entsprechenden Haushaltsmittel zur Verfügung zu stellen. Ferner sei ein weiteres Regenüberlaufbecken im Dürnachtal erforderlich.

Als weitere Projekte nennt er die Ausweisung von Baugebieten, da seit Jahresmitte der letzte Bauplatz im Gebiet Im Grumpen verkauft worden sei. Der Kindergarten lade zu einem Tag der offenen Tür zur Besichtigung der Erweiterung ein. Das angebotene Mittagessen werde sehr gut angenommen, allerdings werde nur ein Essen angeboten. Erfreut sei man über die Aussegnungshalle, die im Herbst 2015 fertiggestellt werden solle. Die Umgestaltung der Grünfläche vor der Dürnachhalle für den Musikverein finde hoffentlich die Zustimmung. Ein entsprechender Antrag sei für 2016 geplant. Er solle gestaltet werden wie der Vorplatz vor dem Rathaus. Abschließend spricht er noch die Vereinsbezuschung an und erinnert an eine Voranfrage der Vereine im September 2013, die nun auf eine zeitnahe Entscheidung hofften.

Nach dieser zehnminütigen Rede wird applaudiert.

TOP 3 1. Lesung des Haushaltsplanentwurfs 2015 der Stadt Biberach

OB Zeidler würdigt den Entwurf des Haushaltsplans wie folgt: „Meine sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste und Zuhörer, liebe Räte aus Nah und Fern, haben Sie schon einmal vom „Juliusturm“ gehört? Nein? Das ist nicht verwunderlich, denn so bezeichnet man eine übervolle Staatskasse. Und so etwas hat man schon seit Jahrzehnten über alle Staatsebenen hinweg nicht mehr gesehen. Es gibt übrigens auch einen historischen „Juliusturm“ mit einer eher unrühmlichen, aber spannenden Historie: So wird der 32 Meter hohe Wehrturm der Zitadelle Spandau in Berlin bezeichnet. Dieser heißt seit dem Besuch des Herzogs Julius von Braunschweig-Wolfenbüttel so. Dieser Turm wurde vor über 140 Jahren in ganz Deutschland zu einem feststehenden Begriff. Nach dem deutsch-französischen Krieg 1870 – 1871 musste das geschlagene Frankreich 5 Mrd. Franc Kriegsentschädigung an Deutschland zahlen. Das war das Dreifache des damals in ganz Deutschland vorhandenen Bargelds. Ein Teil dieses Kriegsschatzes – 100 Mio. Mark in gemünztem Gold – war bis 1914 im Juliusturm eingelagert. So wurde der Turm zum Sinnbild einer vollen Staatskasse. Lang, lang ist das her. Seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland ist es nur einem einzigen Finanzminister gelungen, einen „Juliusturm“ zu ersparen: Unter der Regierung Konrad Adenauer schaffte es Fritz Schäffer, 8 Mio. D-Mark - nach heutigem Wert ca. 35 Mrd. Euro - auf die hohe Kante zu legen. Er konnte damit die 1955 neu gegründete Bundeswehr finanzieren. Er hätte damit aber auch eine Krise gegenfinanzieren können.

Um das Ganze auf Biberach herunter zu brechen, meine Damen und Herren: Nein, der Gigelturm wird nicht in „Rolandsturm“ umbenannt, es lagert auch kein Geld darin. Aber er wird 2015 saniert, um eine der vielen positiven Botschaften an dieser Stelle gleich los zu werden. Im übertragenen Sinne hat Biberach diesen „Juliusturm“ zum Glück noch und es ist unser aller Aufgabe, für die Zukunftsfähigkeit und Handlungsfähigkeit dieser Stadt genau an dieser Existenz auch weiter zu arbeiten.

Es sei ein Blick hinaus erlaubt, genauer genommen nach Berlin. Denn bei der Neuordnung der föderalen Finanzstrukturen geht es um viel. Der Länderfinanzausgleich ist bis zum Jahr 2019 festgeschrieben und befristet. Der Solidarpakt II läuft zeitgleich aus, ebenso das Entflechtungsgesetz. Zusätzlich greifen ab 2020 die Schuldenbremsen bei Bund und Ländern in vollem Umfang. Die anstehende Neuordnung der Finanzbeziehungen könnten in ihren Auswirkungen mit der Finanzreform von 1969 vergleichbar sein, die für 50 Jahre die Grundzüge der Finanzverfassung geprägt hat.

Auch für uns Kommunen geht es dabei um viel. Soll die Neuordnung über den Tag hinaus wirken, dann reicht es nicht, die Verteilung der Mittel den aktuellen politischen Machtgefügen anzupassen. Die Frage lautet vielmehr: Auf welcher Ebene gibt es welche Bedarfe? Bund und Länder laufen immer Gefahr, nur ihre eigenen Belange zu sehen. Gerne wird vergessen, dass es die Städte sind, die das Fundament des Staates bilden. Die Neuordnung der Finanzordnung muss alle Kommunen in die Lage versetzen, diese Rolle auch auszufüllen. Denn erst die Städte vermitteln Teilnahme am gesellschaftlichen Leben, sie stiften Identität, bieten soziale Bezugspunkte und Orientierung. Letztendlich machen sie den demokratischen Staat damit erst erfahrbar.

Deshalb kann es ohne Berücksichtigung der Interessen der Kommunen keine langfristig tragfähige Neuordnung der Finanzbeziehungen geben. Der Deutsche Städtetag – und das sage ich jetzt als Präsidiumsmitglied – legt vor diesem Hintergrund größten Wert darauf, dass die Kommunen, wie im Koalitionsvertrag zugesagt, in die Arbeit der noch zu gründenden Kommission zu den föderalen Finanzbeziehungen einbezogen werden.

Mit regionalen Unterschieden zeigen Schulen, Straßen und Sporthallen anschaulich, wie es um die Leistungsfähigkeit der Städte bestellt ist. Die Kommunalhaushalte im Allgemeinen, zum Glück nicht bei uns, haben sich von Investitionshaushalten zu Sozialhaushalten entwickelt. Bundesweit steigen die Sozialausgaben doppelt so stark wie die kommunalen Investitionen. In diesem Jahr werden bundesweit 47 Mrd. Euro Sozialausgaben erwartet, bis 2017 ein Anstieg auf mehr als 54 Mrd. Euro. Die Selbstverpflichtung der Koalition, die Kommunen um 5 Mrd. Euro im Jahr zu entlasten, muss noch in dieser Legislaturperiode in den kommunalen Haushalten wirksam werden. Aber auch das wird bei vielen Kommunen nicht reichen. Hinzu kommt eine schwächelnde Konjunktur, der unser Finanzminister mit einer 10 Mrd. Geldspritze, auch genannt kleines Konjunkturprogramm, entgegenwirken will.

Die Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern in unserem Land ist eine gesamtstaatliche Aufgabe, auch für den Bund und die Länder. Ich erachte es als dringend erforderlich, dass alle staatlichen Ebenen versuchen, gemeinsame Standards für die Betreuung zu definieren. Die Zahl der Schutzsuchenden ist inzwischen siebenmal so hoch wie vor fünf Jahren. Und ich denke, wir dürfen davon ausgehen, dass die Flüchtlinge lange bei uns bleiben werden. Und wir dürfen dabei nicht außer Acht lassen, dass es bei der Unterstützung der Flüchtlinge nicht nur um deren Unterbringung und Verpflegung geht. Viele der Schutzsuchenden sind traumatisiert, andere brauchen auch eine intensive medizinische Behandlung. Außerdem nimmt die Zahl der unbegleiteten Minderjährigen sehr stark zu. Auch das kann nicht nur Aufgabe der Kommunen sein, sondern wir brauchen hierzu ein gesamtstaatliches Konzept.

Meine Damen und Herren, dieser gesamtstaatliche Blick ist auch für die Haushaltsplanberatungen in Biberach hilfreich. Denn vielen Verantwortlichen und Menschen in dieser Stadt ist nicht bewusst, in welcher sehr guten, geradezu privilegierten Situation wir teilweise sind. Als kleines Bonmot hierzu eine kleine Anekdote über ein Gespräch mit meinem georgischen Amtsbruder Platoni Kalmakhelidze – für mich einer der Dialoge des Jahres 2014. Das Gespräch war in englischer Sprache. Als Platon, wie ich ihn immer nenne, hier in Biberach zu Besuch war, erzählte ich ihm – ich war gerade auf dem Sprung - , dass ich da und dort Schwierigkeiten und Probleme hätte, worauf er mir in seinem etwas sperrigen Englisch antwortete: You have no problems and you not know that, worauf ich ihm antwortete, you have problems, but nobody expects to solve them... ihr habt Probleme, aber niemand erwartet, dass ihr sie löst.

Nach dieser etwas weitläufigeren Sicht der Dinge kommen wir konkret zum Biberacher Haushalt 2015: Da viele von Ihnen quer durch alle Fraktionen mittlerweile auch einen etwas vertrauten Umgang mit mir pflegen, darf ich an dieser Stelle gerne preisgeben, dass ich von einigen der hier anwesenden Protagonisten gefragt worden bin, was man denn eigentlich noch an Anträgen stellen könne. Das wertete ich als Kompliment für die gemeinsame Arbeit. Ich glaube mit Blick auf die vergangenen beiden Jahre dürfen wir uns gegenseitig attestieren, dass viel auf den Weg gebracht wurde, Handbremsen gelöst werden konnten und die „Zukunftsstadt Biberach“ auf einem guten Weg ist.

Planen und Bauen: Kaum ein anderes Thema bewegt die Menschen im Zusammenhang mit ihrer Stadt derzeit, wie die künftige städtebauliche Entwicklung, aber auch die aktuelle Diskussion um Baukosten in der Stadt. Wir dürfen feststellen: Der Bauboom in Biberach ist ungebrochen. Private Investitionen in neue Wohn- und Dienstleistungsprojekte, öffentliche Investitionen im Tief- und Hochbau – selten gab es eine Phase in der Stadt, in der so viel zeitgleich angestoßen wurde. Unsere städtischen Vorhaben werden uns weiterhin mit Blick auf Projektausgestaltung und Projekt-

kosten beschäftigen und Debatten auslösen. Ich bitte Sie alle, sich für 2015 einen respektablen Spaten zu beschaffen, denn 2015 wird das große Spatenstichjahr. Gestochen werden soll an nahezu allen Ecken und Ortsteilen dieser Stadt. Um es kurz zusammenzufassen: Jugendhaus, Feuerwehr, Kindergarten Rißegg, Turnhalle Mettenberg, Aussegnungshalle Ringschnait, Kindergarten Talfeld, im Bereich der Innenstadt Schadenhof-Bürgerturmstraße, der Landkreis wird wohl seine Klinik forcieren und an den Start bringen, der Rote Bau geht seiner Vollendung entgegen, und auch die Investitionen rund um den Hospital sind hoffentlich bald abgeschlossen. In der derzeitigen Hochpreisphase verhalten wir uns leider nicht antizyklisch. Jedoch darf auch attestiert werden, dass mit diesen Baumaßnahmen ein sich über mehrere Jahre und Jahrzehnte aufgestauter „Investitionsstau“ langsam zu lösen beginnt. Ich glaube, in dieser Boomphase tut es uns sehr gut, im kommenden Jahr etwas Luft zu holen, in eine kreative Phase zu gehen und uns zu sammeln. Wenn du viel, vielleicht auch zu viel gleichzeitig willst, passieren Fehler, die dann auch, wie in Biberach aktuell, zwischen Gemeinderat, Bauverwaltung, Architekten und Stadtspitze hin- und hergeschoben werden.

Dass wir gemeinsam etwas bewegen wollen, das ist verständlich: Neuer Gemeinderat, noch neuer OB, eine gute Finanzsituation der Stadt. Dabei hat, auch was die Zukunftsplanung angeht, leider alles gleichzeitig Vorfahrt. Und das ist genau der Punkt, an dem wir ansetzen sollten. Der Begriff der Priorität ist in den letzten Jahren in einer Weise verwendet worden, die den der deutschen Sprache mächtigen Menschen nicht in den Zustand des ungetrübten Entzückens versetzen sollte. Die Politik, und da nehme ich mich ausdrücklich mit, hat nämlich die Priorität ohne die Posteriorität erfunden; eine sehr bequeme Erfindung für praktisches Verhalten, aber höchst ungünstig, denn es gibt keinen Vorrang ohne Nachrang. Einen Vorschlag, wie wir den Investitionsstau entzerren können, haben wir Ihnen mit E-Mail vom 7. November 2014 gemacht. Bitte verstehen Sie diesen Vorschlag unseres Baudezernats als eine Diskussionsgrundlage, am besten zu diskutieren im Rahmen einer Klausur, wenn Zahlenwerke und vor allem Kostenprognosen stehen. Neben den sehr populären Hochbauakzenten und den vielen Straßenbaumaßnahmen sollten wir vor allem eine Pflichtaufgabe sehr stark in den Fokus nehmen: Den Hochwasserschutz. Wir müssen die Planungen und die Grundstücksverhandlungen hierzu in Ringschnait, in Stafflangen und auch am Wolfentalbach forcieren – wir wurden anno 2014 in Ringschnait mehr als gewarnt – wir haben also auch gute Gründe zulässige, aber ungeliebte Daumenschrauben zu bemühen. Das Thema hat mittlerweile auch eine wirtschaftspolitische Dimension: Mit Inkrafttreten des neuen Wasserhaushaltsgesetzes sind Neubauten unserer Unternehmen im Rißtal schlicht nicht mehr genehmigungsfähig.

Damit sind wir bei der Wirtschaft. Dass in dieser Stadt sehr viel investiert werden kann, ist insbesondere dem wirtschaftlichen Erfolg unserer Unternehmen zu verdanken. Insofern sind wir alle gehalten, die Wohltaten und Segnungen, die wir nicht unbedingt durch eigenes Tun wieder weitergeben können, auch für die Zukunft zu sichern, sprich unseren Unternehmen Rahmenbedingungen und Entwicklungsmöglichkeiten aufzeigen, die sie an den Standort Biberach binden.

Zwei Schwerpunktthemen werden uns hierbei durch das kommende Jahr begleiten: Zum einen das Technologiezentrum des Schwabenbundes. Sie alle wissen um die Chance, an exorbitant hohe Fördermittel zu kommen. Die Stadt wird für dieses 10 Mio. Euro-Projekt insgesamt 1,45 Mio. Euro zur Verfügung stellen. Biberach hat bereits in der Vergangenheit gezeigt, was es auf diesem Sektor kann, und ich bin Ihnen allen sehr dankbar, dass Sie bereit sind, in diesem Bereich einhellig und einstimmig ins Obligo zu gehen. Wir sind uns einig, dass ein Gründerzentrum in enger Kooperation mit den hiesigen Firmen und natürlich unserer Biberacher Hochschule rund um die EFRE-Mittel der Stadt, aber insbesondere auch der Region sehr gut tun würde.

Perspektivisch noch wichtiger halte ich die Weiterentwicklung des IGI Rißtal mit den Gemeinden Maselheim, Schemmerhofen und Warthausen. Die Gespräche hierzu verlaufen auf Augenhöhe, sehr gut, uneitel und sehr zielorientiert. Wir wollen bald den Zweckverband, zumindest in Gründung, aus der Taufe heben. Parallel sollen die Planungen forciert werden, das heißt, das Zielabweichungsverfahren soll angesteuert werden, und das Regierungspräsidium hat sich bereit erklärt, die Federführung in dieser Sache zu übernehmen. Insofern hat man auch an höherer Stelle erkannt, wie wichtig dieses regional-bedeutsame Projekt für Biberach und die gesamte Region ist.

Einen weichen Aspekt lässt man bei der Wirtschaftsförderung gerne aus: Die Förderung der Familienfreundlichkeit wird ein nachhaltig-maßgebender Faktor zur Gewinnung von Fachkräften, auch und gerade im ländlichen Raum, sein.

Damit bin ich beim Thema Familienfreundlichkeit, Soziales: Ich bin Ihnen daher dankbar, dass für viele von Ihnen das Thema „Wirtschaft und Familie“ zunehmend Hand in Hand geht. Ich glaube, wir haben in Biberach im letzten Jahr hier enorm viel getan: Gebührenstrukturen, Schulsozialarbeit, Förderung der Tagesmütter, Förderung der Schulkinder, Erhöhung von Betreuungsquoten, Stärkung unserer Freizeitangebote und, und, und. Die Liste ist sehr lang. Auch das Mensaessen – auch wenn das ein leidiges Thema ist – ist zumindest angegangen worden, ein Stadtpass vom Grundsatz her auf den Weg gebracht.

Die Nichtexistenz der Kindergartenbedarfsplanung empfinde ich nach wie vor wie Sie alle als sehr unbefriedigend, aber wir stehen kurz vor der Präsentation des Werkes, insofern ist zumindest die Aussicht eine bessere. Selber möchte ich Ihnen empfehlen, insbesondere den katholischen Kindergarten Sr. Ulrika Nisch und den evangelischen Kindergarten Braithweg im Zuge dieser anstehenden Beratungen mit einer gewissen Priorität zu versehen. Hier haben wir, auch im Vergleich zu den anderen Kindergärten in der Stadt, eine extreme Schröglage.

Derweil ist auch das Großthema „Weiterentwicklung der Biberacher Grundschulen und der Pflugschule“ auch Gelegenheit, um zur Entzerrung auf der Zeitschiene und Entschleunigung beizutragen.

Kommen wir zum Thema Nachhaltigkeit. Wir haben insbesondere auf diesem Gebiet im vergangenen Jahr einiges – eher im Verborgenen, weil viel Kleinarbeit – zustande gebracht, was aber auch den gesellschaftlichen Konsens in der wichtigen Zukunftsfrage der Nachhaltigkeit quer durch alle Gruppierungen dieses Gremiums darstellt. Unsere Stadt ist mittlerweile Energy Award zertifiziert – und das mit einem sehr guten Einstiegsergebnis. Die Bürgerenergiegenossenschaft wurde am 5. November diesen Jahres gegründet. Am gleichen Tag durfte ich einen E-Smart als Dienstfahrzeug den kommunalen Mitarbeitern übergeben. Die 100 prozentige Ökostrom-Ausschreibung für die städtischen Gebäude ging ja bekannterweise leider nicht an die e.w.a riss, ist aber auch ein deutliches Nachhaltigkeitssignal.

Insbesondere das Baugebiet Hochvogelstraße soll zu einem Vorzeigeprojekt werden und das gleich doppelt: in Sachen „preisgünstiges Bauen“ und „Nahwärmeversorgung“, die ja zentral über eine Sole-Wasser-Wärmepumpe erfolgen soll.

Zum EEA: Bei der Stärken-/Schwächenanalyse wird erkennbar, dass wir in den Handlungsfeldern Mobilität, Interne Organisation und Kommunikation/Kooperation schon sehr gut (goldverdächtig) aufgestellt sind. Schwächen haben wir insbesondere in den Handlungsfeldern Entwicklungs-

planung/Raumordnung und Versorgung/Entsorgung. In diesen beiden Handlungsfeldern müssen wir uns für die nächste Zertifizierung in 3 Jahren deutlich verbessern, wenn wir die anzustrebende Zertifizierung in Gold erreichen wollen.

Konkret wird das zum Beispiel an den Maßnahmen „Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes“, das neben dem Thema Verkehr in die Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzeptes eingearbeitet werden soll. „Grüne Stadtwerke“ sind der Oberbegriff für die Neuausrichtung der e.wa riss, die im Gange ist und durch den neuen Gesellschaftervertrag hoffentlich erleichtert wird.

Auch die durch die Initiative der e.wa riss gegründete Bürgerenergiegenossenschaft ist eine Maßnahme des EEAs. Trotz inzwischen ungünstiger gesetzlicher Rahmenbedingungen haben 96 Personen die Genossenschaft gegründet und mit 714 Anteilen je 100 Euro gezeichnet. Das zeigt das große Interesse der Bürgerinnen und Bürger an der lokalen Energiewende. Die Stadt begrüßt diese Gründung sehr und wird die Aktivitäten beispielsweise durch kostenlose Überlassung von Dachflächen für Fotovoltaikanlagen unterstützen.

Ein mögliches weiteres Projekt für die Bürgerenergiegenossenschaft könnte auch der Bau einer Windkraftanlage sein. Es ist zu hoffen, dass der Regionalplanung im nächsten Jahr endlich die Ausweisung von Vorrangflächen für die Windenergie gelingt und die beiden Vorrangflächen im Raum Bergerhausen/Winterreute und Ummendorf/Ringschnait dann noch Bestand haben werden.

Kultur + Miteinander: Im Netzwerk der städtischen Kultureinrichtungen und der bürgerschaftlich getragenen Kulturvereine konnten über 300.000 Besucherinnen und Besucher begeistert werden. Das Jahresthema für 2014 war in diesem Jahr der Erinnerungskultur gewidmet – unter dem Motto „1914-2014: Vom Krieg zum Frieden.“ Ende April habe ich eine Gedenktafel am sogenannten „Russenfriedhof“ enthüllt, welche die Aufnahme Biberachs als Denkort längs der oberschwäbischen Erinnerungswege ausweist, die vom Denkstättenkuratorium „NS-Dokumentation Oberschwaben“ betreut werden. Selbstverständlich wird es auch im nächsten Jahr wieder ein Jahresleitthema der Kultureinrichtungen geben - nämlich „Freiheit“. Ausgangspunkt hierfür war 25 Jahre deutsch-deutsche Wiedervereinigung.

Über die Sonderveranstaltungen des Kulturamts wurden Sie erst kürzlich in einer separaten Vorlage informiert. Gerne erinnere ich nochmals an den neuen Jugendkulturakzent mit dem „danceprix“, den es auch nächstes Jahr wieder geben wird, ergänzt durch einen weiteren neuen jugendkulturellen Preis zur Volxmusik (mit x geschrieben!). Im Sommer nächsten Jahres wird auch wieder ein Marktplatz Open-Air veranstaltet.

Eine organisatorische Neuerung brachte für das Kulturamt die Eingliederung der vormaligen Stabstelle „Tourismus und Stadtmarketing“ als neues Sachgebiet. Innerhalb des Stadtmarketings war der Markenbildungsprozess das zentrale Thema, das uns 2015 weiter beschäftigen wird. Anfang nächsten Jahres werden wir Ihnen die Ergebnisse der Arbeitsgruppe und der zugeschalteten Agentur vorstellen. Innerhalb des Tourismus zeigt der Zahlentrend erfreulich nach oben, so haben wir die Anzahl der Übernachtungen im Jahr 2013 auf fast 127.000 gesteigert (2012 waren es noch 122.000). Diese Zahl zeigt, dass es verkehrt ist, dem Tourismus ein Mauerblümchen-Dasein zuzuweisen. Alleine die dahinter stehende Wirtschaftskraft ist immens. So hat das deutsche Wirtschaftswissenschaftliche Institut für den Fremdenverkehr nachgewiesen, dass ein Hotelgast durchschnittlich rd. 128 Euro in der Stadt lässt, in der er übernachtet. Wenn Sie nun diese 128 Euro mit 127.000 Übernachtungen multiplizieren, kommen Sie auf die stolze Summe von über

16,2 Mio. Euro! Auch inhaltlich hochwertige Stadtführungen tragen zu dieser erfreulichen Entwicklung bei, wie ausgeführt circa 1.000 Menschen nehmen monatlich unsere Stadt via Stadtführung unter die Lupe.

Da im weitesten Sinne zur Kultur und dem kulturellen Leben in einer Stadt natürlich auch das Ausgehverhalten, insbesondere das der jüngeren Menschen, gehört, sei an dieser Stelle dargestellt, dass wir durchaus bemüht sind, auch diese Situation in Biberach zu verbessern. Von den jungen Biberachern wird immer wieder bemängelt, dass es keine Diskotheken gebe. Insbesondere die Lärmproblematik will in diesem Zusammenhang auch rechtssicher beherrscht werden, denn es ist mit einer Reihe von Einsprüchen, auch von Nachbarn, zu rechnen, die mit einer derartigen Einrichtung beglückt werden. Das heißt, im Vorfeld muss für jede Fläche ein belastbares Gutachten nachweisen, dass eine Diskothek am gewünschten Ort zumutbar ist. Die Stadtverwaltung könnte sich dies insbesondere an einem Standort vorstellen, der derzeit noch als kommunale Fläche eher brach liegt. Bei der Bewertung zahlreicher hierfür grundsätzlich in Betracht kommender Grundstücke hat sich das Freibadgrundstück als das am besten geeignete herauskristallisiert: In fußläufiger Entfernung zur Innenstadt und an der Memminger Straße gelegen ist hier auch die Lärmproblematik beherrschbar. Allerdings müssen auch an dieser Stelle die städtebaulichen Rahmenbedingungen zunächst durch Bebauungsplanänderung geschaffen werden. In einem weiteren Schritt könnte sich ein öffentlicher Wettbewerb (Markterkundungsverfahren) anschließen mit Kriterien, die noch festzulegen wären.

Einladende Zukunftsstadt: Das, was eine Stadt anziehend macht, ist neben ihrer eigenen Identität, ihrer besonderen Geschichte und Gestalt, das Leben in dieser Stadt. Gemeint ist die Lebendigkeit, ein ausgeprägtes Spannungsfeld, das in einer Stadt spürbar, sichtbar und erlebbar sein muss und das dazu Kosmopolitische. Dazu Menschen, die ihre Heimat lieben, sich in ihr engagieren und einbringen, im Ehrenamt Vorbild geben – diesen bürgerschaftlichen Schatz hat man in Biberach und vor allem seinen Ortschaften von jeher gepflegt, unterstützt und ausgebaut – mit der Ausweisung der Stelle eines Ehrenamtsbeauftragten in meinem direkten Umfeld möchten wir diese Stärke der Stadt weiter entwickeln.

Eine erfolgreiche und anziehende Stadt von morgen ist international orientiert, zugleich rückverankert in der eigenen Identität. Biberach hat viele identitätsstiftende Merkmale. Diese gilt es zu profilieren und als Alleinstellungsmerkmale zu entwickeln – und das ist mehr als „Marke“. Eine große Chance besteht des Weiteren darin, dass wir in unserer Stadt mit mittlerweile zwei hochinnovativen Hochschulen zusammenarbeiten können. All das, was in unserer Stadt geschieht, geschieht dadurch auch auf dem Campus. Wir haben keinen einzelnen Campus, unsere Stadt ist der Campus. Und deshalb glaube ich, wird künftig eine der großen Herausforderungen sein, Biberach gemeinsam mit unseren „global playern“, unseren Bürgern, unseren ehrenamtlich tätigen Menschen, aber auch unseren Hochschulen weiter zu entwickeln. Damit dies gelingt, müssen wir gemeinsam jetzt die Wurzeln legen, nicht nur in Zwölfmonatszeiträumen zu denken, sondern langfristig und generationsübergreifend.

Gemeinsam mit Ihnen freue ich mich auf eine konstruktive Debatte zum Haushalt 2015. Ich bin mir sicher, dass wir in unserer politischen Verantwortung für uns alle, für die, die hier schon länger leben, und die, die nur vorübergehend oder neu hier leben, ein Stück Zuhause schaffen und Vertrauen gründen können. Auch davon kündigt dieser Haushalt. Final sei EBM Wersch und Frau Leonhardt für den Haushalt gedankt. Haushälter in einer Stadt wie Biberach zu sein ist ein schwieriger Job. Zurück zum Turm mit einem Zitat von Eichendorff: „Wie im Turm der Uhr Ge-

wichte rucket fort die Weltgeschichte, und der Zeiger schweigend kreist, keiner rät, wohin er weist.“ Wohin der Zeiger finanzpolitisch zeigt, zeigt nun EBM Wersch.“

(Applaus)

Finanzdezernent EBM Wersch illustriert seine Ausführungen mit einer Powerpoint-Präsentation, die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügt ist. Er stellt fest, Biberach gehe es gut und erfreulicherweise sei seit Jahren keine Haushaltskonsolidierung erforderlich geworden. Im operativen Bereich seien aber Belastungen feststellbar, das Investitionstempo sei nicht haltbar und er empfehle, nur Anträge zu stellen, die in der Summe zu einer Aufwandsreduzierung führten.

Das Haushaltsvolumen betrage nur für das laufende Geschäft fast 154 Mio. Euro. Bereinigt um verschiedene Positionen, die nicht zahlungswirksam seien, komme man auf 71 Mio. Euro. Einnahmen in Höhe von 115 Mio. Euro stünden 65 Mio. Euro Umlagen entgegen, was einen Saldo von 49 Mio. Euro ergebe. Die Finanzlage sei dabei in etwa gleich geblieben, da sich Umlagefaktoren nicht verändert hätten. Der Einkommenssteueranteil liege seit 2010 bei 17,6 Mio. Euro und man rechne nicht mit einer großen Zunahme. Wenn, dann ergäben sich Veränderungen durch Lohnabschlüsse, die aber auch Geld kosteten. Bei der Gewerbesteuer gehe man mit 85 Mio. Euro wieder von einem sehr hohen Wert aus, wenn dieser in Biberach auch nicht mehr richtig wahrgenommen werde, da man ihn in etwa seit 2011 in dieser Höhe verzeichne. Es seien aber keine signifikanten Sprünge zu erwarten, sondern man stagniere auf einem hohen Niveau. Die Gebühren sollten nicht erhöht, sondern gesenkt werden, was er nicht gutgeheißene habe, da es von der Bevölkerung nicht gedankt werde. Zu den Steuereinnahmen kämen weitere Einnahmen in Höhe von rund 22 Mio. Euro dazu.

Ausgegeben werde das Geld an erster Stelle für die Personalkosten mit rund 27,7 Mio. Euro. Dies sei in Ordnung, da enorm viel laufe, man müsse diese Position aber im Auge behalten. Beim sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwand seien die Sprünge nicht so groß. An Zuschüssen für laufende Zwecke gehe man von knapp 9 Mio. Euro aus, was mit sonstigen Positionen wie Erstattungen knapp 59 Mio. Euro Ausgaben ergebe. Somit erziele man einen Überschuss in Höhe von 12,2 Mio. Euro aus der laufenden Rechnung, die dem Vermögenshaushalt zugeführt werde, der im Entwurf bei 44,5 Mio. Euro liege. Dabei habe man wie von OB Zeidler genannt Baumaßnahmen wie den Neubau des Feuerwehrhauses, Schulsanierungen, den Neubau und die Sanierung von Kindergärten anteilig enthalten. Hinter dem Erwerb von Beteiligungen mit 8 Mio. Euro stehe die Eigenkapitalausstattung der e.wa riss mit 3 Mio. Euro, die aber so nicht kommen werde, was mittlerweile bekannt sei, da die Partner hierzu nicht bereit seien, sondern eine Kreditfinanzierung wünschten. Beim Grunderwerb schlage der Wohnbauschwerpunkt Talfeld zu Buche sowie weitere Versuche in den Teilorten Grund zu erwerben.

Zur Finanzierung der Maßnahmen sei unter anderem eine Rücklagenentnahme von 19,6 Mio. Euro geplant, die sich nach aktuellem Stand verbessern werde, da die e.wa riss anders finanziert werde und man mit höheren Grundstückserlösen rechnen könne. Für Biberacher Verhältnisse rechne man mit ungewöhnlich hohen Zuweisungen und Zuschüssen in Höhe von 7,4 Mio. Euro, die man beispielsweise für den Neubau des Feuerwehrhauses und die Abwicklung des Verkaufs der alten Dollinger-Realschule erhalte.

Dann zeigt er ausführlich verschiedene Zahlen im Jahresvergleich auf, an erster Stelle die Personalkosten, deren Niveau auch ohne weitere neue Stellen Richtung 30 bis 31 Mio. Euro zeige schon aufgrund der Tarifabschlüsse. Die Stellenentwicklung im Betreuungsbereich zeige, dass allein

zwischen 2009 und 2015 fast 40 Stellen nur bei der Stadt, die freien Träger nicht eingerechnet, neu aufgebaut worden seien. Er dankt allen Beteiligten für dieses klare Bekenntnis meint aber, langsam sei ein Punkt erreicht, bei dem diskutiert werden sollte, ob ein weiterer Anstieg gewollt werde. Seines Erachtens wäre in den nächsten Jahren eine Beruhigung anzustreben. Für die Betreuungskosten seien über 11 Mio. Euro eingeplant, die Schulsozialarbeit noch gar nicht eingerechnet. Man nähere sich somit einem Bruttoaufwand von 12 Mio. Euro. Auch dies sei ein politisches Statement. Beim sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwand werde ein sehr guter Stand gehalten und die Zunahme resultiere aus steigenden Preisen.

Anhand der Einnahmenentwicklung zeigt EBM Wersch auf, dass man sich vom bestehenden Niveau aus keine weiteren Sprünge erlauben könne. Daher sei Entschleunigung wichtig. Die Unternehmen hätten große Mühe, ihre Margen zu halten. Aktuell sei seriös nicht zu erwarten, dass die Steigerungsraten bei der Gewerbesteuer, die man seit 2003 verzeichnet habe, sich fortführen ließen. Vielmehr müsse man sich auf seriöse Zahlen einstellen und sollte es dennoch besser werden, wäre er der Erste, der darüber informieren würde. Gehe man aber von einer seriösen Betrachtung aus, gingen die Überschüsse ab 2016 drastisch zurück. Die Investitionsausgaben betrügen aber immer noch 104 Mio. Euro, wobei manche Projekte noch gar nicht enthalten seien. Gleichzeitig nehme die Risikovorsorge von 120 Mio. Euro auf 36,5 Mio. Euro im Jahr 2018 ab und dies sogar, wenn die positive Prognose eintreten würde. Würden die Gewerbesteuereinnahmen dagegen auf 60 Mio. Euro zurückgehen, hätte man am Ende des Finanzplanungszeitraums Null Euro Rücklage.

Als Fazit stellt er fest, das Tempo müsse reduziert und auf Sicht gefahren werden. Man müsse sich Zeit für Planungen und Diskussionen von Maßnahmen nehmen und könne das Problem auch nicht mit mehr Personal erledigen, denn dessen Integration und Führung koste auch Zeit. Er schließt mit einem Zitat von Konfuzius: „Wenn sich Wohlstand einstellt, brauche ihn nicht vollständig auf.“ Damit schließt EBM Wersch nach 26 ½ Minuten und es wird applaudiert.

Als erster Fraktionsvertreter äußert sich StR Abele für die CDU-Fraktion mit folgenden Worten: „Ich mache es mir einfach und schließe mich was die Begrüßung betrifft, meinen Vorrednern an. Wieder ein Novum bei den Haushaltsplanberatungen. Nachdem im letzten Jahr die Ausschussberatungen auf unseren Antrag hin öffentlich wurden, bringen wir dieses Jahr den Haushaltsplan zum ersten Mal in einer der Teilgemeinden Biberachs ein. Eine gute Idee, wie wir finden und die Resonanz zeigt, dass die vom Oberbürgermeister gewünschte Wirkung der breiteren Teilnahme erreicht wurde. Ich möchte mich an dieser Stelle ausdrücklich bei den Bürgerinnen und Bürgern für Ihr Kommen bedanken und freue mich auf gute Gespräche beim anschließenden Bürgerempfang. Vielleicht kann ich ja mit meiner Rede noch ein paar Gesprächsinhalte liefern. Schauen mer mal.

2014 war kommunalpolitisch ein geteiltes Jahr. Die Parteien bereiteten sich mit Jahresbeginn auf die anstehende Kommunalwahl vor. Dabei war zu beobachten, dass es immer schwieriger wurde, Kandidatinnen und Kandidaten für eine Kandidatur zu den kommunalen Gremien zu finden. Eine schwierige Entwicklung, lebt doch die kommunale Selbstverwaltung durch ein breites Engagement in und durch die Bürgerschaft, der Gemeinderat selbst soll ein Abbild der städtischen Gesellschaft sein. Dies kann man in Sachen Jugend- und Frauenanteil in Biberach leider so nicht behaupten. Die Wahl an sich verlief fair, sie war sicher auch Ausdruck der guten Zusammenarbeit der Fraktionen innerhalb des Rates. Leider wurde diese Stimmung durch die anschließende Diskussion um die Sitzvergabe in den Ausschüssen getrübt, was die CDU sehr bedauert hat. Aber es

kann Entwarnung gegeben werden. Der neue Gemeinderat hat nach der Sommerpause seine Arbeit aufgenommen, in gewohnt konstruktiver Art.

In Ringschnait dagegen ging am 3. August beinahe die Welt unter. Ein heftiges Hochwasser richtete Schäden in Millionenhöhe an, die sich bis heute auswirken. Ein wirksamer Hochwasserschutz ist das Gebot der Stunde. Daher haben wir als CDU beantragt, hierfür Grundstücke zu kaufen und Maßnahmen schnell umzusetzen, auch wenn dafür keine Mittel dotiert sind. Der Schutz von Bürgern und Vereinen und deren Eigentum muss oberste Priorität haben. Mein Dank geht an dieser Stelle an alle Helferinnen und Helfer, aber auch an alle ehrenamtlich Tätigen, die unser Gemeinwesen stützen.

Aber es gibt auch positive Meldungen aus Ringschnait. Der SV ist in die Landesliga aufgestiegen und spielt nun in derselben Klasse wie der FV Biberach. Ich bin mir sicher, der Ligenerhalt wird geschafft. Ich drücke jedenfalls die Daumen. Die Aussegnungshalle ist auf dem Weg und nachher beschließen wir einen kleinen Bebauungsplan für die Ortsmitte. Themen wie der Tribünenneubau oder die Sanierung des Schießstandes stehen ebenfalls an. Die Umsiedlung des Reitvereins Ringschnait begleitet die CDU Fraktion positiv und setzt sich für einen städtischen Zuschuss zur geplanten Maßnahme ein. Als wichtiges Thema in Ringschnait sehen wir die weitere Ausweisung von Bauflächen an und entsprechende Vergaberichtlinien, die es den Ringschnaitern erlauben, im eigenen Ort zu bauen. Das ist für alle Ortsteile wichtig. Ganz oben aber steht die Ortsumfahrung, für die wir uns mit Nachdruck einsetzen werden.

Trotz des Wahljahres (und manche mögen behaupten gerade deswegen) wurden wichtige Entscheidungen getroffen und gute Dinge auf den Weg gebracht. Beispielhaft möchte ich hier das Gestaltungsfeld Betreuung nennen, in dem wir gemeinsam wesentliche Verbesserungen beschlossen haben. Insgesamt müssen wir uns jedoch die Frage stellen, wie es mittelfristig weitergehen soll?

Der Haushalt der Stadt Biberach ist für das Jahr 2015 an sich gesehen ein solider Haushalt. Dennoch zeichnet sich für die kommenden Jahre eine deutliche Verschlechterung in den Eckdaten des Haushaltes ab, wie wir an den Folien von EBM Wersch gesehen haben. Dies ist nicht ausschließlich auf die großen Investitionen im Baubereich von knapp 90 Mio. Euro bis zum Jahr 2017 zurückzuführen, vielmehr ist es auch die schwindende Ertragskraft des Verwaltungshaushaltes durch die Steigerung der Verwaltungs- und Personalausgaben sowie einer offensiven Zuschusspolitik und die Erhöhung von Standards.

Da sich die Einnahmeseite auf Sicht nicht in dem Maße verbessern wird, wie es für einen nachhaltigen Haushalt notwendig wäre, muss folgerichtig an der Ausgabenseite gearbeitet werden. Die CDU hat bereits in den vergangenen Jahren immer wieder auf diese Entwicklung aufmerksam gemacht und eine Auseinandersetzung erbeten.

Die Leitlinie der Beratungen der CDU-Fraktion zu dem diesjährigen Haushalt war somit konsequenterweise: „Wir wollen nicht ... MEHR ... Also, wir wollen als CDU natürlich gestalten, keine Sorge, liebe politische Mitbewerber. Dieses „nicht MEHR“ (und das habe ich hier für mich in Großbuchstaben geschrieben) soll heißen: Weniger Projekte, weniger Standards, weniger Kosten. Genau genommen wollen wir als CDU somit doch MEHR. Mehr Qualität, mehr Pragmatismus, mehr Transparenz. Aus dieser grundsätzlichen Definition unserer CDU-Position heraus - nicht nur für das Jahr 2015, sondern auch mittelfristig - haben wir ein Antragspaket entwickelt, welches genau

dieses aufnehmen soll: „Mehr durch weniger“, meine sehr geehrten Damen und Herren. Lassen Sie mich dies bitte gleich im Einzelnen vorstellen.

Die Entwicklung der finanziellen Kerndaten wurde ja bereits von meinen Vorrednern thematisiert, ich erspare mir deshalb, nochmals auf die Zahlen einzugehen. Nun, wir wissen aus historischer Betrachtung, dass die Vorschau auf die zukünftige Entwicklung der kommenden Haushalte der Stadt so nie eingetreten ist. Ich bin nun seit 1998 im Gemeinderat und in jedem Haushalt wurden gewichtige finanzielle Probleme prognostiziert, mit jedem neuen Haushalt wurden diese sofort um ein Jahr nach hinten geschoben, mit dem Ergebnis, dass Biberach in den letzten Jahren und auch 2015 finanziell so gut dasteht, wie nie zuvor. Man könnte nun zu dem Schluss kommen, das was in der Vergangenheit war, wird auch in Zukunft sein. Schließlich ist es ja eine uralte Tradition des Finanzdezernenten, den finanziellen Kollaps zu beschwören, damit dieser wie gewohnt nachher nicht eintritt. Doch Vorsicht. Genau dieses Denken darf nicht - mehr - unser Handeln bestimmen.

Die Einnahmenseite scheint ausgereizt. Ein kurzer Rückblick dazu: 1998 betrug das Gewerbesteuerertragsaufkommen 17 Mio. Euro, 2002: 34 Mio. Euro, 2010: 60,5 Mio. Euro, 2014: rechnen wir mit 89 Mio. Euro. Der Erste Bürgermeister hat hier nicht bei mir abgeschrieben, sondern wir sind unabhängig voneinander auf diese Zahlen gekommen. Es ist leicht ersichtlich und ganz pragmatisch betrachtet: Die Wachstumsgrenze ist erreicht. An dieser Stelle sei allen Betrieben, den Unternehmern und den Mitarbeitern dafür gedankt. Sie erst ermöglichen es uns, das hohe Niveau in Biberach zu gestalten. Hoffen wir, dass wir dieses Niveau beim Gewerbe- und Einkommenssteuereinkommen noch lange halten können. Und dennoch - wir haben es gesehen: die finanzielle Luft wird dünner werden. Infolgedessen muss - wie bereits erwähnt - an der Ausgabenseite gearbeitet werden.

Dieses hat unseres Erachtens in einem ganzheitlichen Ansatz zu geschehen. Wir können nicht nur einzelne Bereiche herauspicken, wo wir sparen können und andere unbehelligt lassen. Dies wäre nicht ausgewogen. Das Schieben von Maßnahmen wie erwähnt, kann ein Ansatz sein, man muss die finanziellen Wirkungen hieraus aber genau betrachten. Keine leichte Aufgabe, es gerecht, nachhaltig und vor allem wirksam zu machen. Daher: keine Schnellschüsse, sondern ein grundlegendes Befassen mit den Themen. Wir stehen nicht unter Zeitdruck, der Haushalt 2015 ist gut. Aber wir dürfen auch nicht zuwarten. Eine zeitnahe Diskussion - ohne den Druck aus schwierigen Entwicklungen im Nacken zu haben - hat die besten Erfolgsaussichten. Die CDU verzichtet daher in diesem Jahr weitgehend auf kostenwirksame Anträge. Ein Draufsatteln wäre nicht opportun und zudem steht 2015 ganz im Zeichen der bereits beschlossenen Vorhaben.

Wie sieht das nun im Einzelnen aus? Die CDU hat 5 Generalanträge formuliert.

1. Die Haushaltsstrukturkommission muss eingesetzt werden: Im Jahre 2011 haben wir im Rahmen der Stellenplanberatungen für 2012 die Einrichtung einer Haushaltsstrukturkommission eingefordert. Dieses Anliegen haben wir 2012 für den Haushalt 2013 nochmals aufgegriffen. Als Kompromiss wurden die sogenannten Kamingsgespräche verabschiedet, die mit uns und ohne Kamin stattgefunden haben. Diese reichen aus unserer Sicht nicht aus und daher beantragen wir erneut die Einrichtung dieser Kommission nun fix im Jahr 2015 unter Leitung von OB Zeidler. Diese Kommission soll Maßnahmen zur Haushalts- und Vorsorgesicherung erarbeiten, auch wenn dies aktuell nicht zwingend erforderlich ist. Wir sehen dies jedoch als strategische Zukunftsaufgabe. Auch sollen Prozesse innerhalb der Verwaltung hinsichtlich Entbürokratisierung und Durchforsten von Vorschriften und Abläufen mit dem Ziel der Aufwands- und Ressourcenminimierung auf den Prüfstand gestellt werden. Dies trägt aus unserer Sicht zur Qualitätssteigerung im Ver-

waltungshandeln bei. Das Gebot der Sparsamkeit muss wieder mehr in den Fokus rücken. Anschaffungen müssen in den Standards reduziert werden. „Es muss nicht immer der Jaguar sein, auch ein solider Golf tut gute Dienste.“

2. Die Denkwerkstatt 2025 muss im Jahr 2015 beginnen. Im vergangenen Jahr haben wir die Einrichtung einer Denkwerkstatt 2025 beantragt und der Gemeinderat ist diesem Antrag gefolgt. Leider wurde diese bis jetzt nicht eingesetzt. Daher beantragen wir, dieses Thema in der ersten Jahreshälfte auf die Tagesordnung zu nehmen. Unser Antrag aus dem letzten Jahr lautete unter anderem: *Die kommunalpolitischen Handlungsfelder sind vielfältig. ... Der Charakter der Denkwerkstatt besteht darin, dass die Auseinandersetzung mit den Zukunftsthemen abseits des Geschäftsbetriebes stattfindet.* Aber auch konkrete Themen wie der ÖPNV, die Fortsetzung der Energiewende, Wohnungsbau für sozial schwächere Schichten oder eine lebendige Innenstadt, die wirtschaftliche Entwicklung, all die Dinge, die uns bewegen, können in der Denkwerkstatt beraten werden.

Lassen Sie mich einen kurzen Einschub zum Thema Ferienbetreuung für Schulkinder machen. Wir haben in den letzten Jahren die Betreuung der Kinder in Krippen, Kindergarten und Schule deutlich verbessert. Die Zahlen haben es gezeigt. Sowohl was die Flexibilität der Öffnungszeiten, die Qualität der Betreuung und auch die Verringerung von Gruppengrößen betrifft. Allerdings ist das Thema der Ferienbetreuung in den Schulferien - außer in den Sommerferien - in Biberach aus unserer Sicht noch zu wenig betrachtet worden. Wir regen daher dazu eine Stellungnahme der Verwaltung an, die ja sicherlich mit dem "Lokalen Bündnis für Familien" in Verbindung steht, das dieses Thema derzeit untersucht.

Zurück zu den Generalanträgen der CDU, zum Thema Personal.

3. Der Stellenzuwachs in der Stadtverwaltung muss begrenzt werden. Die Anzahl der Stellen hat sich von 2011 bis 2015 um 57 Stellen auf 477 erhöht, davon entfallen lediglich 27 auf den Bereich der Betreuung. Einhergehend mit dem Ausbau der Stellen in der Verwaltung entwickelten sich die Personalkosten der Stadt Biberach in den letzten Jahren stetig nach oben. Auch dies wurde uns dargestellt. Nach dem großen Stellenaufbau beantragen wir, dass ab dem Jahr 2015 für 3 Jahre grundsätzlich keine neuen Stellen geschaffen werden. Ausnahmen von diesem Grundsatz sind nur dann erlaubt, wenn sich diese Stellen zwingend aus hoheitlichen Aufgaben oder aus neuen Anforderungen aus dem Bereich Betreuung und Bildung ergeben.

Auch hier möchte ich einen Einschub zu der aktuellen Situation machen.

Ich erlaube mir, an dieser Stelle auf die aktuelle Flüchtlingsdiskussion einzugehen. Dies ist mir ein Anliegen. Bisher galt die stillschweigende Regelung, dass die Orte, in denen eine Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge betrieben wird, keine Flüchtlinge in der Anschlussunterbringung aufnehmen müssen. Inzwischen stößt der Landkreis trotz großer Anstrengungen in der Beschaffung von zusätzlichem Wohnraum immer wieder an Kapazitätsgrenzen, sodass dieser Grundsatz fallen muss. Wir (CDU) sind dankbar, dass hier im guten Einvernehmen zwischen der Ausländerbehörde des Landkreises und dem Ordnungsamt Biberach schon sehr praktikable Lösungen vereinbart worden sind. Neben der mit 200 Personen voll besetzten Gemeinschaftsunterkunft in der Bleicherstraße leben jetzt schon rund 80 Flüchtlinge in der Anschlussunterbringung in Biberach – das sind sogar mehr als die 30, die die Stadt nach dem neuesten Plan hätte aufnehmen müssen.

Insgesamt sind hier Bürgerschaft, soziale Einrichtungen, Wohlfahrtsverbände – und auch die Migrantenverbände – gefordert, diese Neubürger offen aufzunehmen, willkommen zu heißen und

einzubinden. Wir sind mit der Landkreisverwaltung und auch den Wohlfahrtsverbänden darin einig, dass an der dezentralen Verteilung der Flüchtlinge in der Anschlussunterbringung im ganzen Kreisgebiet festgehalten werden soll. Eine Unterbringung allein in den größeren Städten wirft nicht nur große logistische Probleme auf, sondern ist auch für die Integration der Neubürger aus fachlicher Sicht absolut hinderlich. Die Integrationschancen sind in einem überschaubaren Gemeinwesen wesentlich besser als im städtischen Umfeld, das immer auch die Gefahr birgt, dass sich Randgruppen bilden, separieren oder abgrenzen. Dies wollten wir in die aktuelle Situation einfügen, wohlwissend, dass wir als Stadt nicht federführend sind.

Ich möchte wieder zurückkommen auf die Generalanträge der CDU und mit viertens fortfahren.

4. Das Bauen in Biberach muss auf den Prüfstand. Bauen in Biberach steht derzeit in der öffentlichen Diskussion. Die Themen sind vielschichtig. Ästhetik, Funktionalität, Standards, Konzepte, Bürgerbeteiligung usw.. Sorgen bereiten dabei insbesondere die Kostenentwicklungen der städtischen Hochbauprojekte. Binnen Jahresfrist erhöhten sich die Kosten der geplanten Projekte um sage und schreibe 18 Mio. Euro.

Die Diskussion um die Kostenentwicklung beim Jugendhaus zeigt, wie schnell ein an sich gutes Projekt in der öffentlichen Wahrnehmung an Zustimmung verlieren kann. Dies ist für alle Beteiligten unbefriedigend. Die CDU steht hinter dem Jugendhaus, wir hatten es mehrfach beteuert und wir sind uns sicher, dass eine gute Lösung gefunden wird.

Um die genannten Kostenentwicklungen zu stoppen, ist eine Diskussion über Standards und Prozesse zu führen. Exemplarisch soll die Verwaltung zunächst am Beispiel des Kindergartenbaus aufzeigen, welche unterschiedlichen Standards und Programmflächen zu welchen Kosten führen.

5. Vorhandene Richtlinien bedürfen einer Überarbeitung. Vorhandene Richtlinien sollen nach unserer Ansicht sukzessive auf den Prüfstand gestellt werden. Aus unserer Sicht insbesondere: die Gebührenrichtlinien und die Förder- und Zuschussrichtlinien.

Im Falle der positiven Würdigung unserer Anträge durch den Gemeinderat beantragen wir eine Klausurtagung, in der sich Gemeinderat und Verwaltung im Sinne der Entschleunigung grundsätzlich über Umfang, Inhalte, Prioritäten und Stellschrauben der von uns beantragten Maßnahmen zur Zukunftssicherung verständigen.

Darüber hinaus haben wir noch weitere Einzelanträge gestellt. Im Sinne der Sitzungsökonomie finden Sie, verehrte Anwesende, diese Anträge, wie zum Beispiel zur Bürgerenergiegenossenschaft, zum Hochwasserschutz oder zum Anrufsammeltaxi auf unserer Homepage www.cdu-biberach.de. Mit diesem Antragspaket wollen wir den Gestaltungsauftrag, den uns die Bürgerinnen und Bürger als größte Fraktion im Gemeinderat übertragen haben, wahrnehmen. Dies ohne ideologische Scheuklappen, ganzheitlich ohne Konzentration auf Einzel- und Lobbythemen, ganz im Sinne unseres Mottos: Biberach für uns alle.

Wir bedanken uns bei den Erstellern des Werkes, Frau Leonhardt, Herrn Wersch und dem Team aus der Kämmerei. Mein Dank geht auch an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung, der Eigenbetriebe und der städtischen Unternehmen und an Sie Herr Oberbürgermeister Zeidler. Auch im zweiten Jahr Ihrer „Regentschaft“ setzt sich fort, was sich abgezeichnet hat: die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Uns allen wünsche ich konstruktive und sachliche Beratungen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.“

(Applaus nach 17 ½ Minuten).

Für die SPD-Fraktion hält StRin Kübler folgende Rede: „Liebe Bürgerinnen und Bürger, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Zeidler, sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats, „Lob der Provinz“ das war im Mai dieses Jahres als Überschrift auf der Seite 3 der Schwäbischen Zeitung zu lesen. Ein wunderbarer Artikel über die Vorzüge des Lebens in unserer Region. „Wenig los“. So definiert man gemeinhin Provinz, doch die Luft ist deutlich besser als in Stuttgart, München oder Berlin. Das Atmen ist freier. Im übertragenen Sinne kann man vieles klarer sehen und Ruhe kann kreativ machen. Provinz im klassisch negativ behafteten Kontext des Wortes gibt es nicht mehr. Provinz bedeutet heute nicht in jedem Fall „wenig los“. Wer zum Beispiel Arbeit sucht, ist in der Provinz um Biberach und am Bodensee mindestens so gut aufgehoben wie in Stuttgart. So die Aussagen des Redakteurs. Ich denke, jeder von uns kann dem zustimmen, ebenso der Tatsache, dass wir Biberacher mit all seinen Ortsteilen das richtige Fleckchen Erde zum Leben ausgesucht haben. Abgesehen von der noch erforderlichen Ortsumfahrung, die dringender denn je wird.

Heute findet die 1. Lesung zum Haushaltsplanentwurf das erste Mal nicht im Biberacher Rathaus statt, sondern bewusst ausgewählt hier in Ringschnait. Für mich in einer ganz ungewohnten Form, obwohl die Umgebung mir vertraut ist, denn ich komme immer wieder gerne nach Ringschnait. Ihr Wohnort, liebe Ringschnaiter, wurde dieses Jahr durch ein schweres Unwetter stark gebeutelt, wir hatten es schon gehört. Wie schnell eine idyllische Dürnach zum reißenden Fluß werden kann, hat uns alle sehr erschrocken, ganz abgesehen von den großen Schäden im persönlichen Umfeld, dabei denke ich aber auch an die überfluteten Sportplätze und den zerstörten Friedhof. Heute ist von den Verwüstungen nicht mehr allzu viel zu sehen. Unser großer Dank gilt insbesondere dem Ortsvorsteher, Herrn Boscher für die hervorragende Organisation, aber auch an die vielen helfenden Hände. Wir hoffen nun sehr, dass die Unklarheiten, was den Grundstückserwerb betrifft, zwischenzeitlich aus dem Weg geräumt wurden und mit dem Ausbau des Hochwasserschutzes baldmöglichst begonnen werden kann. Ich denke, wir sind uns alle einig, dass alles schnellstens dafür getan werden muss, um eine Wiederholung einer derartigen Katastrophe zu verhindern.

Am Anfang zitierte ich den Satz: ‚wer Arbeit sucht, ist in Biberach gut aufgehoben‘. Das stimmt und macht Biberach neben anderen Aspekten, attraktiv. Den Unternehmen in unserer Stadt, die dafür verantwortlich zeichnen, möchte die SPD-Fraktion an dieser Stelle ein großes Dankeschön aussprechen für die Treue zum Standort und ihre innovative Unternehmensführung. Das Bekenntnis der Unternehmen zur Zukunftsfähigkeit freut uns sehr und macht uns auch zuversichtlich, die Vielzahl an Investitionen, insbesondere in Bildung und Betreuung und in die Infrastruktur, stemmen zu können. Denn die Ertrags- und Aufwandsstruktur der Stadt Biberach, gerade aufgrund der hohen Belastung durch den aktuellen Leistungsumfang, bleibt risikobehaftet für eine nachhaltige Finanzwirtschaft.

Im Haushaltsplanentwurf 2015 wird bestätigt, dass die Gewerbesteuererinnahmen trotz der prognostizierten schwächelnden Konjunktur stabil bleiben. Auch die Rücklagen, auch Risikoversorge genannt, von mehr als 100 Mio. Euro sind beachtlich, obwohl uns seitens des Kämmers bereits 2010 vorhergesagt wurde, dass im Jahr 2014 unsere Rücklagen auf 31 Mio. Euro abgeschmolzen sein werden. Der Schuldenstand steht seit Jahren auf Null. Auch wenn wir die Risiken

erkennen, können wir die etwas negative Grundstimmung des Finanzdezernenten Herrn Wersch nicht teilen.

Das Jahr 2014 war für die SPD-Fraktion im Gemeinderat ein positives Jahr. Es wurde vieles bewegt, was seit Jahren auf unserer Agenda stand. Ob es nun am Kommunalwahljahr oder am neuen Oberbürgermeister lag, lassen wir mal dahingestellt. Wichtig für uns ist, dass sich in der Stadt etwas bewegt hat. Hier denke ich insbesondere an die Qualitätssteigerung in der Kinderbetreuung mit gleichzeitig sinkenden Gebühren, die Ausweitung der Schulsozialarbeit, die positive Bewegung zur Einführung eines Stadtpasses. Und das Thema bezahlbarer Wohnraum hat endlich, nach vielen Anträgen der SPD, Fahrt aufgenommen. Selbst der für Familien unzumutbare Preis für das Mensaessen, den wir, die SPD-Fraktion, von Beginn an kritisiert haben, wird nun endlich im ganzen Gremium als untragbar angesehen. Das Bürgerservicebüro wird erfreulicherweise in absehbarer Zeit umgesetzt. Auch die kürzlich gegründete Bürgerenergiegenossenschaft mit ihrer stattlichen Zahl von circa 100 Gründungsmitgliedern ist für uns ein willkommenes Zeichen in Richtung Nachhaltigkeit. Der beinahe schon zum Abriss freigegebene Rote Bau, die SPD hatte sich vehement für den Erhalt eingesetzt, wird derzeit für die Archivnutzung saniert und umgebaut. Erfreulich dazu war die Mitteilung von MdB Martin Gerster, der Mitglied des Haushaltsausschusses des Bundestages ist, dass neben den 1,6 Mio. Euro die Bund und Land zuschießen, nun noch zusätzlich 220.000 Euro aus dem Denkmalsonderschutzprogramm nach Biberach fließen. Es ist schon vorteilhaft, wenn aus dem eigenen Wahlkreis ein Vertreter in Berlin an der richtigen Stelle sitzt.

Aber, ja leider gibt es trotz so viel positiver Nachrichten immer noch ein „Aber“. Für die SPD hat zum Beispiel die Entwicklung des Jugendhausbaus eine ganz unglückliche Wendung genommen. Genau vor einem Jahr wurde noch von einem Baubeginn in 2014 gesprochen. Die Firma Guter Gaupp hat zwischenzeitlich den Platz frei gemacht und ihre neuen Räumlichkeiten bezogen, aber in der Breslaustraße bewegt sich nichts. Bewegung, aber im negativen Sinne, ist einzig und allein in der Frage der Baukosten gekommen. Schuldzuweisungen, Frust wo man hinhört. Anfangs war noch die Rede von einem Pilotprojekt und größtmöglicher Transparenz. Wir stehen kurz vor einem Scherbenhaufen. Es wird allerhöchste Zeit, das Ganze noch vorher aufzufangen und zu einem glücklichen Ende zu führen. An diesem Punkt fragen wir uns, ob hier tatsächlich Unterschiede in der Bedeutung der Projekte gemacht werden. Andere Hochbauten, wie zum Beispiel auf dem Hospitalgelände werden bei einer Kostenüberschreitung von mehreren Millionen Euro und einem hohen Standard auch nicht gleich grundsätzlich in Zweifel gezogen.

Unsere Fraktion steht jedenfalls hinter dem Jugendhaus mit dem begehbaren Dach und drängt auf einen zügigen Baubeginn. Das sind wir den Jugendlichen endlich schuldig! Wir müssen uns aber im Klaren darüber sein, dass mit dem Jugendhaus nicht allein das Defizit an Ausgehmöglichkeiten abdeckt wird. Für eine Altersgruppe zwischen 17 und 35 Jahren gewinnt die Aussage „Wenig los“ aus der Provinzstudie leider doch an Bedeutung. Wir sehen die Notwendigkeit, dass die Stadtspitze mit den Wirten in unserer Stadt Kontakt aufnimmt, um auszuloten, was diese an Ideen von Machbarem und Realisierbarem für die Jugendlichen ab 17 Jahren sehen. Warum nicht auch an eine Wiederbelebung des Applaus (in der Stadthalle) denken? Eine ungenutzte Räumlichkeit, die mit einer anderweitigen, ansprechenderen Einrichtung und entsprechendem Angebot auch ein Publikum ab Mitte 20 anspricht.

Das Baudezernat muss derzeit sehr viel Kritik einstecken. Die Fragen nach den Ursachen der Baukostensteigerungen bei fast jedem städtischen Projekt (nicht nur beim Jugendhaus), die Hinterfragung der Baustandards sind nicht gerade vergnügungssteuerpflichtig. Allein 20 Projekte, Herr

Zeidler hat sie anfangs genannt, stehen auf der Agenda, die in den nächsten 2 bis 3 Jahren fertiggestellt werden sollen. Und jede Fraktion hat vom Zeitplan her andere Ansprüche. In der Haushaltsklausur unserer Fraktion wurde lange darüber diskutiert, welche Position wir hierzu einnehmen. Unser Fazit: Solange die Stadt Biberach finanziell noch so gut aufgestellt ist, haben für uns Sanierungen erste Priorität. Die erhöhten Standards, die sich immer weiter nach oben entwickelt haben, sowie die Dringlichkeit bei Neubauprojekten müssen nochmals auf den Prüfstand. Hilfreich wäre unseres Erachtens hierfür eine Klausurtagung anzusetzen, was aber voraussetzt, dass der überfällige Kindergartenbedarfsplan uns endlich vorgelegt wird. Nur mit aktuellen Zahlen können wir objektiv Entscheidungen im Bereich des Kindergartenausbaus, bzw. der Sanierungen treffen.

Ein weiteres zu bearbeitendes Feld sind notwendige Entscheidungen zu verschiedenen Schulstandorten. Hierbei spielt das Thema Inklusion eine große Rolle. Für den 22.11. dieses Jahres ist ein Workshop mit Fachleuten angesetzt. Wir sind sehr gespannt, ob sich am Ende ein gangbarer Weg herauskristallisiert beziehungsweise ob wir einem Ergebnis näher kommen. Hier sind wir Gemeinderäte besonders gefordert, zukunftsweisende Lösungen zu finden.

Die hohen Kostenzuwächse im Personalbereich sind zwar bei genauem Hinschauen vielfach auf das Mehr an Aufgaben zurückzuführen, die vom Gemeinderat allesamt abgesegnet wurden. Trotzdem müssen wir diese im Auge behalten.

Nun zu unseren Anträgen: Ich erwähnte zwar anfangs, dass vieles, was uns seit Jahren wichtig war, auf den Weg gebracht wurde. Doch eine Stadt muss sich ständig weiterentwickeln und in Bewegung bleiben. Visionen erzeugen neue Aufgaben und Anliegen. Ein primäres Anliegen haben wir bereits mit einem Antrag vor den Haushaltsplanberatungen eingebracht, und zwar den autofreien Marktplatz. Wir sind davon überzeugt, dass hier dringend etwas geschehen muss. Auf dem westlichen Marktplatz ist an Wochenenden, zu bestimmten Busfahrzeiten und in den Feierabendstunden die Hölle los. Von vielen Mitbürgern wurden wir angesprochen, hier etwas zu verändern. Auch die Ausdehnung des Wochenmarktes bei der Schuehaus-Installation empfanden viele als eine wirkliche Bereicherung. Dies sehen wir ebenso und fordern deshalb eine Satzungsänderung zur Attraktivierung des Marktes.

Der Schadenhofplatz muss dringend eine Neugestaltung erhalten. Doch wie es aussieht, ist es gar nicht so einfach, hierfür ein passgenaues Konzept zu entwickeln. Daher sind wir der Meinung, nichts zu überstürzen. Uns ist auch wichtig, alle an dem Prozess Beteiligten mit einzubeziehen.

Die Fahrradabstellsituationen zum Beispiel beim Ärzte- und Parkhaus Ulmer Tor, sowie an der vhs, sind sehr unbefriedigend und brauchen dringend neue Lösungen.

Die Außensanierung des Wieland-Gymnasiums ist notwendig – ohne Frage. Doch an diesem Standort muss das Funktionelle zur Zweckerfüllung in den Mittelpunkt bei der Ausschreibung gestellt werden. Außerdem muss es finanziell darstellbar sein. Die Architektur steht an zweiter Stelle, nachdem das Gebäude zur Straße hin nicht sichtbar ist.

Die Abfallbeseitigung in Biberach ist noch nicht optimal ausgerichtet. Die Containerstandorte und die Ausstattung sind zum Teil mit Blick auf das Stadtbild verbesserungswürdig. Dazu gehört auch der Recyclinghof Ulmer Straße. Hier ist eine Zusammenarbeit mit Stadt und Landkreis dringend erforderlich.

Für den Kindergarten im Braithweg wird nun schon seit mehreren Jahren eine Verpflichtungsermächtigung eingestellt, ohne dass irgendetwas voran gebracht wird. Abgesehen davon, dass die Verpflichtungsermächtigung den Spielraum eines Haushaltes einschränkt, beschneidet sie auch die Entscheidungsfreiheit des Gemeinderates. Eine konkrete Zeitschiene für die Sanierung muss im ersten Halbjahr 2015 vorgelegt werden.

Das Komödienhaus ist ein beliebter Ort für Ausstellungen und wird auch gerne von Vereinen für ihre Aufführungen genutzt. Die Besucher klagen über viel zu überheizte Räumlichkeiten, was definitiv an den Beleuchtungskörpern liegt. Nachdem im Haushaltsplan finanzielle Mittel für eine neue Verkabelung der Beleuchtungstechnik eingestellt sind, ist es wirtschaftlich und ökologisch sinnvoll, gleichzeitig mit dieser Maßnahme neue, dem Standard angepasste Beleuchtungskörper einzubauen.

Die Küche in der Alten Stadtbierhalle muss dringend saniert werden. Hierfür, aber auch für einen neuen Anstrich, fordern wir die Einstellung von finanziellen Mitteln. Instandhaltungsmaßnahmen müssen in regelmäßigen Abständen durchgeführt werden. Allerdings wollen wir das bisherige Konzept einer sogenannten Sommerhalle beibehalten.

In unserer Stadt ist das ehrenamtliche Engagement sehr ausgeprägt, was an dieser Stelle auch ein großes Lob verdient. Anerkennende Worte tun zwar gut, doch zwischendurch braucht es auch etwas mehr. Zum Beispiel wenn städtische Räumlichkeiten zugunsten von sozialen Zwecken angemietet werden. Unsere allgemeinen Ermäßigungsregelungen müssen dahin geändert werden, dass diesen Gruppen beziehungsweise Vereinen einmal im Jahr eine Räumlichkeit mietfrei zur Verfügung gestellt werden kann. Auch sind regelmäßige Prüfungen bezüglich einer Anpassung der Förderrichtlinien und des Zuschusswesens notwendig. Vereine, die vor allem im Sportbereich unterwegs sind, aber auch der Stadtteilhausverein Gaisental mit seiner großartigen, immer noch notwendigen Integrationsarbeit, warten auf positive Entscheidungen. Die SPD hat Anträge in diese Richtung gestellt. Ganz aktuell haben wir von unserem Bundestagsabgeordneten Gerster erfahren, dass für das Mehrgenerationenhaus des Stadtteilhausvereins der Haushaltsausschuss für 2015 die Weiterführung des Zuschusses beschlossen hat und für die Jahre 2016 und 2017 in Aussicht stellt. Für den Verein bedeutet das zum einen eine Perspektive, aber auch größere Anstrengungen hinsichtlich der Angebotspalette. Der Verwaltung liegt ein Antrag des Vereins für die hierfür notwendige personelle Verstärkung vor. Dieser wird von der SPD-Fraktion unterstützt.

Die so dringend notwendige Bezuschussung des Mensaessens ist leider für die Familien ins Leere gelaufen. Die aktuelle Subventionierung von 2 Euro deckt allein die Kosten für die Ausgaben, die die Stadt dem Dornahof übergeben hat. Die SPD-Fraktion beantragt, bereits ab 1.1.2015 eine Subventionierung von mindestens 1 Euro. 2,95 Euro für ein Mittagessen erscheint uns ein tragbarer Preis.

Der Markenbildungsprozess hat bisher nur Geld gekostet und das Ergebnis bis heute ist mehr als enttäuschend. Wir fragen uns immer mehr, braucht Biberach eine Marke? Biberach ist ein hervorragender Wirtschaftsstandort, hat herausragende Bildungs- sowie auch Betreuungseinrichtungen; die harten und weichen Standortfaktoren sind ganz gut abgedeckt. Was wir brauchen, ist eine lebendige Innenstadt, und damit meinen wir nicht nur den Marktplatz mit vielfältigen Einkaufsmöglichkeiten und abwechslungsreichen kulturellen Angebote für jedes Alter. Ein neuer Slogan (die Notwendigkeit dafür stellen wir auch in Frage), ein Werbekonzept und Veranstaltungen können von einem starken Stadtmarketingteam unseres Erachtens auch entwickelt werden.

Daher beantragt die SPD-Fraktion den Markenbildungsprozess zu stoppen und dafür das Stadtmarketing operativ zu stärken.

Die Forderung nach einem Interkommunalen Gewerbegebiet ist wieder Thema geworden. Die dazu erforderliche Schlagkraft des Wirtschaftsförderers, der momentan gleichzeitig auch das Liegenschaftsamt führt, ist in unseren Augen nicht gegeben. Die Aufgaben eines Wirtschaftsförderers sind vielfältig, sei es, als Informationsgeber und Ansprechpartner in allen wirtschafts- und verwaltungsrelevanten Fragen zuständig zu sein. Ebenso gehören das Standortmarketing sowie die Sicherung des Einzelhandelsstandortes zu den Aufgaben. Die SPD fordert, für diese bedeutenden zukunftsorientierten Bereiche eine eigene Stelle Wirtschaftsförderung zu schaffen.

Angesichts der für 2015 zu erwartenden weiter steigenden Zahl von Flüchtlingen wird sich die Stadt nicht darauf verlassen können, dass diese Aufgabe nur ein Thema des Landkreises ist und mit der Einrichtung in der Bleicherstraße alles abgedeckt wird. Ein erheblicher Teil der jetzt ins Land kommenden Flüchtlinge wird langfristig bleiben und von den Gemeinden im Umland nach Biberach drängen. Mit Blick auf den Fachkräftemangel, der nun auch von den Biberacher Unternehmen thematisiert wird, kann das durchaus als Chance betrachtet werden. Erst gestern Abend wurde in einem Vortrag von einer irakischen Asylbewerberin anschaulich berichtet, dass in der Unterkunft Bleicherstraße schnellstens etwas geschehen muss. 40 Menschen teilen sich zusammen ein Bad und eine Küche. Auch fehlt dringend ein Aufenthaltsraum für Erwachsene. Wir halten in der Flüchtlingsproblematik eigene Initiativen der Stadt und zumindest eine enge Kooperation mit dem Landkreis für notwendig.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Biberach ist gut aufgestellt. Hierfür bedanken wir uns bei allen Bürgerinnen und Bürgern, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung sowie dem Handel, Handwerk und Gewerbe unserer Stadt. Sie alle tragen einen wesentlichen Anteil dazu bei.

In den kommenden Wochen stehen zu den Anträgen Haushaltsplanberatungen an. Wir wünschen uns hierzu sachliche, faire und konstruktive Diskussionen und Beschlüsse. Ihnen Allen danke ich für Ihre Aufmerksamkeit.“

(Applaus nach 19 ½ Minuten).

StRin Goeth äußert sich für die Freien Wähler wie folgt: „Ich verzichte auf Vorreden und komme gleich zur Sache. Ich hoffe als Erste die Vorgabe von 10 bis 15 Minuten einzuhalten.

In der Gemeinderatsklausur 2011 wurden die Bauvorhaben beschlossen, die jetzt in der Umsetzungsphase sind. Die Freien Wähler haben damals gewarnt vor der Fülle von Projekten innerhalb weniger Jahre und plädierten für eine Streckung, die personelle und finanzielle Ressourcen geschont hätte. Aber ihre Bedenken fanden kein Gehör. Trotz Personalaufstockung und 34 Fremdvergaben kann die Verwaltung die Aufgabenfülle kaum bewältigen. Wenn dann noch Schwierigkeiten wie zuletzt beim Jugendhaus hinzukommen, besteht die Gefahr, dass auch die Qualität der Arbeit leidet. Und noch etwas schlägt zu Buche: Die Bauvorhaben der Stadt fallen in eine Zeit des allgemeinen Baubooms. Die Auftragsbücher der Handwerker sind voll, die Kosten überdurchschnittlich hoch. Ziel wäre, der Oberbürgermeister hat es auch angesprochen, dass die öffentliche Hand antizyklisch baut, aus Eigeninteresse, wegen der günstigeren Baupreise, aber auch um in schlechteren Zeiten die Wirtschaft anzukurbeln und regionale Handwerker zu unterstützen.

Man muss sich die Fülle von aufwändigen Bauprojekten, die Gemeinderat und Verwaltung in den nächsten Jahren schultern müssen, vor Augen halten. Vorredner haben sie angeführt. Ich möchte sie langsam vortragen, damit man sie sich auf der Zunge zergehen lassen kann. Kindergarten-Neubauten im Talfeld und in Rißegg, Neubau des Feuerwehrhauses mit Umgestaltung des gesamten Areals, Neubauten Jugendhaus und Mehrzweckhalle Mettenberg, Dorfgemeinschaftshaus in Rißegg, Aussegnungshalle in Ringschnait, WC-Anlagen auf den konfessionellen Friedhöfen, Bau von öffentlich geförderten Wohnungen im Talfeld, Parkhauserweiterung Ulmer Tor, Sanierung von Schulen, Kindergärten und Sporthallen, Umbau vom Roten Bau, dem Bürgerservice im Rathaus, von Stadthalle und Gigelturm. Die Plätze in der Innenstadt sollen neu gestaltet, das Sanierungsgebiet Innenstadt Südwest entwickelt werden. Manche Schulen platzen aus allen Nähten. Ein Schulneubau im Talfeld und eine Schulrochade von einem Gebäude ins andere mit Umbauten sind angedacht. Aufgezählt habe ich jetzt nur die größten Hochbauprojekte. Hinzu kommen unter anderem weitere Investitionen in den Hochwasserschutz. Wie notwendig dies ist, haben die jüngsten Ereignisse in Ringschnait gezeigt. Allein 34 Projekte in Hoch- und Tiefbau müssen fremdvergeben werden.

Die Freien Wähler verzichten daher bewusst auf kurzfristige Anträge. Sie erwarten, dass Projekte und Anträge, die noch nicht umgesetzt wurden, nach und nach abgearbeitet werden. Die Freien Wähler plädieren erneut für eine Streckung der Projekte in dem Rahmen, der jetzt noch möglich ist, mindestens im Umfang der von der Verwaltung vorgeschlagenen Verschiebungsoptionen.

Diese Projektfülle allein im Hochbau bindet nicht nur Personal, sondern kostet auch richtig Geld. Das mittelfristige Investitionsprogramm zeigt dies mit erschreckender Deutlichkeit. Die in der Vergangenheit angesparten Rücklagen, die dazu dienen sollen, die Stadt über Krisenzeiten zu retten, werden auf ein Zehntel abgeschmolzen - und das in Zeiten bester Wirtschaftslage! Noch vor einem Jahr sah die Finanzierung der Investitionen im Zeitraum 2015 bis 2017 eine Rücklagenentnahme von 36,7 Mio. Euro vor, was schon durchaus stattlich war. Jetzt, gerade mal ein Jahr später, ist die vorgesehene Rücklagenentnahme doppelt so hoch, nämlich 72,6 Mio. Euro! Bei bereits im Jahr 2014 geplanten Projekten kommt es zu Kostensteigerungen von fast 20 Mio. Euro! Dies ist der überhitzten Baukonjunktur und überzogenen Standards zu verdanken. Nicht mitgerechnet sind neue Projekte und die notwendige Unterstützung von städtischen Eigenbetrieben in Millionenhöhe.

Es gilt, die legendären Biberacher Standards zu hinterfragen: Muss jedes Bauprojekt ein Leuchtturm sein? Warum kann in Ulm – jetzt zitiere ich den Oberbürgermeister mal wieder - eine Kindergartengruppe für 500.000 Euro gebaut werden, die in Biberach 1,2 Mio. Euro kostet?

Bleiben wir bei den Kindergärten. Entscheidend für das kindliche Wohlergehen ist nicht der Bau, sondern das, was im Kindergarten geschieht. Biberach hat viel Geld in die Hand genommen, um die Betreuungsqualität im Kindergarten sowie bei der Betreuung von Schulkindern zu verbessern. Die gesetzlichen Anforderungen im Betreuungsbereich sind längst erfüllt. Die freiwilligen Leistungen der Stadt belaufen sich inzwischen auf knapp 9 Mio. Euro jährlich. Davon entfallen 6,7 Mio. Euro auf die Kinderbetreuung. Darauf dürfen wir stolz sein, müssen aber erkennen, dass es auch in einer wohlhabenden Stadt wie Biberach Grenzen gibt. Die Personalkosten explodieren, jeder Neubau und jede neue Einrichtung führt zu erhöhten Folgekosten und zu hohen Abschreibungen.

Wir verbrauchen in den kommenden Jahren nicht nur die Rücklagen. Auch die Ertragskraft des Verwaltungshaushalts geht gefährlich zurück, von knapp 13 Mio. Euro im Jahr 2014 auf ein Zehn-

tel, nämlich 1,3 Mio. Euro im Jahr 2018. Überlegen Sie mal, was man damit bauen kann. Mit diesem Betrag können keine Investitionen mehr getätigt werden. Der Trend, dass die Stadt infolge von gewaltigen laufenden Ausgaben nur noch geringe Überschüsse erwirtschaftet, hält seit einigen Jahren an. Durch Gewerbesteuereinnahmen, die in der Vergangenheit die Erwartungen jeweils übertroffen haben, wurde das nie zum Problem. Aber wir müssen uns der strukturellen Schwäche Biberachs bewusst sein. Die Stadt ist von der wirtschaftlichen Entwicklung weniger großer Unternehmen abhängig. Auf diese Entwicklung hat die Stadt keinerlei Einfluss. Bei einem Rückgang der Gewerbesteuern sind die steigenden Ausgaben nicht mehr kompensierbar. Bereits ab dem Jahr 2016 wird der tatsächliche Werteverzehr nach dem neuen Haushaltsrecht nicht mehr erwirtschaftet - und das bei einem Gewerbesteueraufkommen, um das Biberach landauf, landab beneidet wird.

Fazit: Die Freien Wähler können dem Haushaltsplan 2015 voraussichtlich zustimmen, haben aber große Bedenken bezüglich der Folgejahre. Es muss in 2015 gelingen, Hochbauprojekte zu strecken, Standards auf ein Normalmaß zurückzufahren, sich von Projekten mit dem Attribut "nice to have" zumindest vorläufig zu trennen, die Ertragskraft des Verwaltungshaushalts zu erhöhen, zum Beispiel durch unbeliebte Gebührenerhöhungen, um die rückläufigen Kostendeckungsgrade der städtischen Einrichtungen zu kompensieren. Die Qualität der Angebote rechtfertigt diese Überlegungen. Forderungen nach weiteren freiwilligen Leistungen müssen äußerst kritisch betrachtet werden. Hierzu gehören auch die in Bearbeitung befindlichen neuen Richtlinien zur Vereinsförderung. Auch die Freien Wähler würden die Bürgerinnen und Bürger gerne mit Wohltaten überschütten. Aber es darf nicht sein, dass innerhalb weniger Jahre so viel Geld ausgegeben wird, dass künftige Generationen keinen Handlungs- und Gestaltungsspielraum mehr haben.

Die Freien Wähler legen Wert darauf, dass in der Stadtverwaltung noch Zeit und Kraft für andere Themen vorhanden sind, nicht nur zum Bauen. So fehlen zum Beispiel Angebote für die junge Generation, die Diskussion über qualitativ volles Bauen in der Innenstadt und am Innenstadtrand muss geführt werden, die Wohnquartiere aus den 50er- und 60er-Jahren haben eine Aufwertung verdient, der Lärmaktionsplan muss umgesetzt und das Thema Markenbildung Biberach bearbeitet werden.

Die Freien Wähler haben sich übrigens Gedanken gemacht, was Biberach über die Grenzen hinaus bekannt machen könnte. Die Freien Wähler setzen sich für eine Landesgartenschau in Biberach ein, sei es die "Große Landesgartenschau" oder das sogenannte "Grünprojekt". Bis 2025 sind die Austragungsorte vergeben. Für danach sind Bewerbungen möglich. Die Stadt könnte mit Hilfe von stattlichen Fördergeldern eine nachhaltige, gestalterische Aufwertung erfahren und einen großen Bekanntheitsgrad erringen, viel mehr als durch einzelne Leuchtturmprojekte.

Wir danken allen Beteiligten, insbesondere Frau Leonhardt, für den wie immer klar strukturierten, übersichtlichen und vollständigen Haushaltsplan.“

(Applaus nach 10 Minuten Redezeit).

Für die Grünen führt StR Späh in 13 ½ Minuten folgendes aus: „Sehr geehrter Oberbürgermeister Zeidler, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Ortschaftsräte, Zuhörer und Pressevertreter. Lassen Sie mich zuerst ein paar grüne Gedanken vortragen, die uns wichtig sind. In den letzten Tagen hat der Weltklimarat seinen zusammenfassenden Bericht über die weitere Entwicklung für unseren Planeten dargestellt. Die Aussichten sind als düster zu bezeichnen. Dies wurde in einer kürzlich in der Schwäbischen Zeitung dargestellten Zeichnung verdeutlicht. Dort wurde mit

einem Wirbelsturm versucht zu verhandeln, wobei dieser alles um sich herum mitreißt. Dies zeigt auf, in welcher Lage wir inzwischen klimapolitisch sind. Laut dem Weltklimarat kann die angestrebte Zwei-Grad-Obergrenze nur erreicht werden, wenn wir einen tiefgreifenden technologischen, wirtschaftlichen und institutionellen Wandel vollziehen. Bei jeder weiteren Verzögerung wird das Umsteuern immer schwieriger. Erlauben Sie mir auf einige notwendige Punkte hinzuweisen, die der Weltklimarat fordert. Wir brauchen in den nächsten Jahren den vollkommenen Verzicht von Kohle und Gas zur Energieerzeugung. Nur die erneuerbaren Energien erlauben die Erreichung der 2-Grad-Zielmarke. Im Verkehrssektor benötigen wir den fast völligen Verzicht auf Verbrennungsmotoren und die Nutzung der Elektromobilität mit erzeugtem Strom aus erneuerbaren Energien. In der Industrie brauchen wir eine klare Umsteuerung hin zu Technologien, die die Energienutzung um mindestens 20 Prozent vermindern. Im Gebäudebereich muss die energetische Sanierung mit Hochdruck auf allen Ebenen vorangetrieben werden. Nur wenn diese Maßnahmen alle zügig angegangen werden, haben wir vielleicht die Chance ein erträgliches Klima auf unserem Planeten zu erhalten. Die negativen Auswirkungen haben sich zum Beispiel kürzlich durch das extreme Hochwasser auch hier in Ringschnait besichtigen lassen. Die Notwendigkeit zum Handeln wurde inzwischen von der Bundesregierung erkannt und Entwicklungsschritte eingeleitet.

Die grün-rote Landesregierung mit ihrem Programm 50-80-90, das heißt 50 Prozent Energie sparen, 80 Prozent Erneuerbare Energien und 90 Prozent weniger Treibhausgase ausstoßen, das Umweltminister Untersteller am 2. Dezember in Biberach in der Stadthalle nochmals erläutern wird, ist dafür in ihrem Handeln besonders vorbildlich und fordert energisch im Bundesrat und in ihrem Bereich konsequentes Handeln. Dies muss besonders bei den Kommunen als Handlungsmaxime gelten. Durch die Eintrübung der weltwirtschaftlichen Rahmendaten und der EU-Wirtschaftskrise mit der Einhaltung der Schuldenbremse ist die notwendige ökologische Umsteuerung ein ehrgeiziges, aber notwendiges Ziel. Deshalb war es wichtig, dass wir in diesem Jahr das Konzept der „Nachhaltigen ökologischen Stadt“ mit einem gemeinsamen Beschluss auf den Weg gebracht haben. Dieses Ziel gilt es nun in konkretes Handeln umzusetzen. Durch die von uns immer wieder geforderte Beteiligung der Bevölkerung an der ökologischen und energetischen Weiterentwicklung konnte nun durch die Gründung der „Biber Bürgerenergie eG“ ein kleiner Schritt in diese Richtung gemacht werden. Dabei müssen konkrete Projekte unter Mithilfe der Stadt und der e.wa riss zügig umgesetzt werden. Die EEA-Zertifizierung in diesem Jahr wird ebenfalls positiv von uns gesehen.

Bei der Bürgerversammlung zum Thema nachhaltige Entwicklung wurde das gesteigerte Interesse der Bürger deutlich. Dies müssen wir als Stadt nutzen, um gemeinsam mit den Bürgern unseren Beitrag für die positive Klimaentwicklung zu leisten. Hierbei ist auch positiv die Hochschule Biberach mit ihrer Beteiligung durch das „eco-centric-Programm“ zu nennen.

Das transatlantische Handelsabkommen (TTIP) zwischen der EU und der USA ist eine bedrohliche Entwicklung für die kommunale Selbstverwaltung. Deshalb haben wir Grünen dazu einen Resolutionsentwurf an die Bundesregierung im Gemeinderat eingebracht. Inzwischen wird dieses Problem zum Glück auch vom Städtetag in ähnlicher Weise kritisch gesehen wie von unserer Fraktion. Durch den engen Austausch und die Einbeziehung der Bürger lässt sich das gemeinsame Ziel der ökologischen Sicherung unserer Umwelt und auch Bedrohungen wie das TTIP, gemeinsam betrachten und gemeinsam angehen. Deshalb ist es ein richtiger Schritt, dass der Gemeinderat heute hier in Ringschnait die erste Lesung des Haushaltes mit der Einladung der Ortschaftsräte und der Bürgerschaft durchführt. Der Haushalt ist die Richtschnur für die zukünftige positive Entwicklung der Stadt und seiner Ortsteile. Die Abschaffung der unechten Teilortswahl hat einige Ängste

in den Ortsteilen ausgelöst. Das Ergebnis hat aber gezeigt, dass nach 40 Jahren das Zusammenwachsen gelungen ist und wir gemeinsam als Stadt eine positive Entwicklung nehmen.

Im vorliegenden Haushalt sind überwiegend positive Rahmendaten aufgezeigt. Durch die gute Entwicklung unserer Firmen, die durch die gute Mitarbeiterschaft sehr große Beiträge für die Einnahmen der Stadt erwirtschaften, ist es der Stadt möglich, viele notwendige, zukunftsfähige Standortentwicklungen für die Bürger zu gestalten. Dies wirkt sich besonders im Bereich Bildung und Betreuung durch positive Rahmenbedingungen aus. Durch die Sanierung von Schulgebäuden und die Verbesserung der Betreuungssituation zum Beispiel bei der Verlässlichen Grundschule und der Verlässlichen Nachmittagsbetreuung, konnte nochmals eine Qualitätssteigerung auch in den Ortsteilen erreicht werden. Hier danken wir auch den Ortschaftsräten, die dabei konstruktive Mithilfe leisten. Durch die schnelle Veränderung der Schullandschaft und zurückgehende Schülerzahlen, werden auch wir als Schulträger uns an die Veränderungen anpassen müssen. Durch den Neubau der Realschule in der Schulmeile haben wir die räumliche Nähe geschaffen, um neue Schulkonzepte zu ermöglichen. Hier erwarten wir gemeinsames Handeln aller Beteiligten. Durch das gute Sportstättenangebot von Plätzen und Hallen ergibt sich für die sporttreibenden Vereine eine gute Infrastruktur. Dies, zusammen mit den guten Betreuungseinrichtungen, ergibt ein zukunftsgerichtetes Angebot auch für Neubürger der Stadt. Dazu gehört auch unser breites Kulturangebot mit einer durch Preise ausgezeichneten Bücherei, die auch Angebote für die Ortsteile bereitstellt.

Die VHS mit breitem Angebot für verschiedene Interessenslagen ergänzt dieses Angebot. Das Spartenangebot des Museums lockt jährlich mit seinen Sonderausstellungen eine große Besucheranzahl aus der Stadt und vom weiten Umland an. Die Kulturangebote in der Stadthalle und weiteren Hallen ermöglichen der Stadt für ihre Bürger ein breites Angebot von kultureller Bildung bis zu guter Unterhaltung. Durch weitere Angebote wie zum Beispiel die Filmfestspiele den „Dram“ und viele kleinere kulturschaffende Vereine, erhält Biberach sein weltoffenes und zukunftsgerichtetes Gesicht. Dieses positive Gesicht prägen auch die Vereine der Stadt und der Ortschaften. Sie bieten durch ihr breites sportliches, musikalisches und kulturelles Angebot eine Grundlage für die gute Aufnahme von Neubürgern, für Bürgerzufriedenheit.

Durch den Beschluss für ein Jugendhaus wird dem jahrelangen Wunsch der Jugendlichen Rechnung getragen und eine gute Basis für ein gutes Miteinander gelegt. Durch die deutliche Zunahme von vielen zukünftigen Bürgern, die als Flüchtlinge zu uns kommen und Kinder und Jugendliche mitbringen, ist ein Angebot für verschiedene Jugendinteressen aus unserer Sicht wichtig.

Für den notwendigen Schutz der Bürger vor Gefahren wie Bränden und anderen Katastrophen ist der Beschluss ein bedarfsgerechtes Feuerwehrhaus zu bauen richtig. Wir hoffen und wünschen uns, dass auch immer genug Bürger sich für die wichtige ehrenamtliche Aufgabe als Feuerwehrmänner und -frauen für die Allgemeinheit zur Verfügung stellen.

Unsere Eigenbetriebe Stadtentwässerung und Wohnungswirtschaft stehen auf soliden Beinen. Bei den Stadtwerken und der e.w.a riss werden wir auch zukünftig Beiträge zuschießen müssen um ihre Aufgabenerfüllung zu ermöglichen. Es ist sehr schade, dass es nicht gelungen ist mit der EnBW eine Einigung über den Rückkauf der Sparte Wasser zu erreichen.

Durch unsere gute Einnahmesituation lässt sich für das nächste Jahr wieder eine gute Zuführungsrates für die hohen Investitionen erwirtschaften. Durch unsere gute Rücklagensituation wird

dies noch positiv ergänzt. Erste Wolken bei einem unserer größten Betriebe lassen uns allerdings auch mit Vorsicht in die Zukunft schauen.

Die Steigerungen im Personalhaushalt sind überwiegend durch die Schul- und Betreuungsverbesserung zu erklären. Auch die tariflichen Steigerungsraten wirken sich deutlich aus. Größere Kostensteigerungen bei verschiedenen Bauprojekten müssen uns zu Überlegungen führen, ob unsere Angebote und Baustandards richtig justiert sind und wo Korrekturen notwendig werden. Die anstehenden Baumaßnahmen von großen Sanierungsmaßnahmen wie am WG und PG sowie Neubauten der Kindergärten im Talfeld und in Rissegg, sowie die neue Halle in Mettenberg und das Dorfgemeinschaftshaus in Rissegg und das Feuerwehrhaus, werden viel Aufmerksamkeit von allen Beteiligten erfordern, um den richtigen Mix aus Kosten und Nutzen zu finden. Falls wir Finanzbrüche erleiden, muss über die Streckung der Projekte nachgedacht werden. Durch die Veränderungen in der Energieerzeugung führt die EnBW gerade ein großes Neustrukturierungsprogramm durch. Dies wirkt sich auf ihren Eigner OEW mit weniger Gewinnen aus. Dadurch erhält der Landkreis, der mit circa 11 Prozent beteiligt ist, deutlich weniger Ausschüttung für das nächste Jahr. Deshalb ist es erfreulich, dass die Kreisumlage bei 29 Prozent stabil bleibt und uns als größter Kreisumlagenzahler mit circa 30 Prozent nicht weiter belastet. In den nächsten Jahren zeigt aber die mittelfristige Entwicklung steigende Belastungen für uns und auch die Zuführungsraten werden voraussichtlich sinken. Besonders die großen Rücklagenentnahmen müssen uns zu denken geben. Auch wenn Herr Wersch bekannt ist als starker Mahner, müssen wir wachsam die Entwicklung im Auge behalten, um kurzfristig Maßnahmen ergreifen zu können.

Wir haben in unserer Haushaltsklausur darauf geachtet, dass wir nur geringe kostenwirksame Anträge im Haushalt einbringen. Erlauben Sie mir diese kurz zu erläutern. Wir wollen von der Verwaltung ein Konzept, das aufzeigt, wie zusätzliche Parkgebühren erwirtschaftet werden können. Außerdem soll uns aufgezeigt werden, wie das Altlastenkataster nach Dringlichkeit und mit welchem finanziellen Aufwand abgearbeitet werden kann.

Wir fordern eine bessere Werbung für das „Förderprogramm Umweltschutz“, um den Topf auszuschöpfen. Für die Begrünung und Möblierung der Innenstadt über 100.000 Euro benötigen wir keinen Sperrvermerk. Die Mittel für die Elektromobilität wollen wir von 25.000 Euro auf 50.000 Euro erhöhen. Dabei soll auch die schrittweise Umstellung des städtischen Fuhrparks auf Elektrofahrzeuge schneller erfolgen.

Die bisherige EEA-Zertifizierung ist nur ein Zwischenschritt. Wir fordern weitere Anstrengungen, um den „Goldstandard“ zu erreichen, wie der Oberbürgermeister schon angesprochen hat. Den Gigelberg wollen wir zur innerstädtischen Entlastung stärker in die Parkraumbewirtschaftung eingebunden wissen. Auch soll die Verwaltung mit den Stadtwerken zusammen Möglichkeiten aufzeigen, um den ÖPNV attraktiver zu machen. Zusätzlich wollen wir ein Konzept, wie durch die Stadt, oder mit dem Teil-Auto-Verein zusammen, eine deutliche Zunahme der Teilautonutzung möglich ist.

Ich möchte schließen mit einem Zitat von Peter Rossegger: „Der Mensch ist das einzige Lebewesen, das Vernunft besitzt. Aber kein Lebewesen würde jemals so unvernünftig handeln.“

Lassen Sie uns gemeinsam dieses Zitat überdenken und für die Zukunft vernünftig und nachhaltig und ökologisch handeln, damit auch unsere Kinder noch eine gute Lebensgrundlage haben. Wir hoffen auf konstruktive öffentliche Beratungen in den Ausschüssen und wohlwollende Behandlung unserer Anträge. Wir danken der Verwaltung für das Haushaltswerk und bedanken uns bei

allen städtischen Mitarbeitern für die geleistete Arbeit in diesem Jahr. Herzlichen Dank für ihre Aufmerksamkeit.“

Für die FDP-Fraktion gibt StR Funk in 12 ½ Minuten folgendes Statement ab: „Die FDP-Fraktion dankt zu Beginn unserer Haushaltsrede der Verwaltung für die Erstellung und die sehr frühzeitige Zusendung des Haushaltsplanes recht herzlich. Unser Dank gilt vor allem Frau Leonhardt und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die wieder hervorragende Zusammenstellung des umfassenden Zahlenmaterials. Der außergewöhnlich gute Vorbericht zum Haushaltsplan 2015 spricht alle wichtigen Themen an. Wir teilen die Ausführungen von Herrn Wersch und Frau Leonhardt im Wesentlichen und könnten mit einer Ergänzung den Vorbericht eigentlich als unsere Haushaltsrede übernehmen. Bei dem formulierten Ziel „Keine Aufzehrung der Liquiditätsreserve“ würden wir gerne ergänzen, dass Rücklagen und Verbindlichkeiten immer im Zusammenhang mit dem Zustand der Immobilien betrachtet werden müssen und dies zusammen mit allen Eigenbetrieben und Beteiligungen. Wir freuen uns nicht über Geldanlagen, wenn dafür die Substanzerhaltung bei Gebäuden, Straßen oder Leitungen unterlassen wird.“

Die FDP-Fraktion verfolgt mit ihrer politischen Arbeit folgende drei Hauptziele: Die Substanzerhaltung soll planmäßig und ohne Pausen betrieben werden. Bei der Erfüllung der vielen Wünsche haben die Ausgaben für Bildung und Betreuung die höchste Priorität und dabei muss die Haushaltspolitik eine Nachhaltige sein. Mit der FDP wird es keine Ausgabenbeschlüsse geben, bei denen erst die zukünftigen Generationen zur Kasse gebeten werden. Im Folgenden geben wir nun unsere Einschätzung zum Verwaltungshaushalt, zum Vermögenshaushalt und zur mittelfristigen Finanzplanung ab. Wir prüfen dabei, in wieweit unsere drei Hauptziele mit den Planzahlen der Verwaltung übereinstimmen.

Im Verwaltungshaushalt 2015 sind von der Verwaltung wie im letzten Jahr 85 Mio. Euro Gewerbesteuerereinnahmen eingeplant. Trotz Ausgaben auf hohem Niveau kann dabei ein Einnahmeüberschuss erwirtschaftet werden. Es kommt zu einer Zuführung an den Vermögenshaushalt von über 12 Mio. Euro. Nach Auffassung der FDP-Fraktion brauchen wir mindestens diese Zuführung, um Substanzerhaltung und eine nachhaltige Haushaltspolitik finanzieren zu können. Wir brauchen also auch dauerhaft 85 Mio. Euro Gewerbesteuerereinnahmen und mehr. Nur auf das Jahr 2015 bezogen könnte man dem Plan der Verwaltung sicher zustimmen. Zu prüfen bleibt aber während der Beratungswochen, ob man nicht schon im Jahr 2015 den Gürtel enger schnallen muss, damit die Zukunft nicht aufs Spiel gesetzt wird. Die weltpolitische Lage und die hohe Abhängigkeit Biberachs von einem Hauptsteuerzahler sollten zur Vorsicht mahnen.

Bei der Analyse des Vermögenshaushalts konzentrieren wir uns auf wenige aber dafür wichtige Punkte: Einen Einnahmeüberschuss im Verwaltungshaushalt zu erzielen ist für den Vermögenshaushalt von entscheidender Bedeutung. Eine gute Zuführung ist in Biberach in der Vergangenheit seit dem Jahre 2006 gewährleistet und beträgt seither im Durchschnitt circa 24 Mio. Euro pro Jahr. Eingeplant für das Jahr 2015 wurde nun von der Verwaltung mit circa 12 Mio. Euro die Hälfte dieses Durchschnittswertes mit sinkender Tendenz. In den geplanten Ausgaben für 2015 mit über 44 Mio. Euro spiegelt sich nahezu die gesamte Bandbreite der Biberacher Kommunalpolitik wider. Ein größeres Einsparvolumen ist gar nicht so leicht zu erzielen. Im Folgenden hierzu die Positionen der FDP-Fraktion.

Ein Feuerwehrhaus nach über 50 Jahren zu ersetzen ist vernünftig und muss auch nicht aus der Portokasse bezahlt werden. Die Ausgaben für Grunderwerb sind bei richtigem Einkauf problemlos. Die Rücklagen werden kleiner, aber dafür steigt der Wert der Immobilien. Die Substanzerhal-

tung bei Straßen und Brücken wird von der FDP seit Jahren gefordert und muss erfolgen. Der Rote Bau ist denkmalgeschützt und die Sanierung erfolgt fast zur Hälfte aus Fördermitteln. Die Lösung mit den Archiven ist zukunftssträchtig. Die Ausgaben für die Hochschule sind nicht unbedingt eine städtische Aufgabe, aber sie stärken den Standort der Hochschule Biberach und generieren wenigstens keine Folgekosten. Die Sanierungsausgaben für das Wieland-Gymnasium, die Pflugschule und die Mittelbergschule sind seit Jahren überfällig und hätten längst erledigt und finanziert sein sollen. Jetzt hat die Verwaltung gegenüber dem Gemeinderat die Pflicht, insbesondere im energetischen Bereich sauber vorzurechnen und aufzuzeigen, warum welche Einzelmaßnahmen durchgeführt werden sollen. Hinter den Ausgaben im Sport- und Kindergartenbereich steht die FDP. Den derzeitigen hohen Standard wird aber nicht einmal eine Stadt wie Biberach auf Dauer durchhalten. Die hohen Ausgaben für die e.w.a.riss und die Stadtwerke sind überwiegend selbstverschuldet. Sie sind eine große Belastung und im Haushaltsplan beschrieben. Da die nächsten Jahre den Vermögenshaushalt weiter stark belasten werden, muss ein Gemeinderat auch einmal „Nein“ sagen. Dies hat die FDP-Fraktion unter anderem beim Haus im Talfeld und beim Jugendhaus vor der Kommunalwahl getan.

Und nun unsere Einschätzung zur mittelfristigen Finanzplanung. Im Vorbericht zum Haushaltsplan 2015 schreiben der Finanzbürgermeister, Herr Wersch, und die Kämmerin, Frau Leonhardt, sinngemäß folgendes: Mittelfristig lassen sich die einvernehmlich angestrebten finanzwirtschaftlichen Ziele nur erreichen, wenn die Eckdaten der Finanzplanung verbessert werden. Die Ziele lauten: Erstens: Erhalt der zukunftsorientierten Handlungsfähigkeit. Das bedeutet, dass Maßnahmen von besonderer strategischer Bedeutung, insbesondere aus dem Bereich Bildung und Betreuung, fortgeführt werden, usw. Zweitens: Keine Aufzehrung der Liquiditätsreserve. Drittens: Erwirtschaftung ordentlicher Zuführungsraten. Eine Zuführungsrate kann nur entstehen, wenn im Verwaltungshaushalt mehr Geld eingenommen als ausgegeben wird. Die FDP-Fraktion sieht natürlich, dass in dem vorgelegten Zahlenwerk noch ein paar Reserven stecken. So ist zum Beispiel das zu erwartende gute Rechnungsergebnis 2014 noch nicht endgültig eingearbeitet. Trotzdem steht die FDP-Fraktion voll und ganz hinter diesen Zeilen von Herrn Wersch und Frau Leonhardt, insbesondere auch deshalb, weil uns die eingeplanten Steuereinnahmen seriös erscheinen. Eine ordentliche Zuführung aus dem Verwaltungshaushalt zu erwirtschaften, dürfte wegen den laufend steigenden Folgekosten in der Zukunft wirklich nicht einfach werden. Wenn sich die von 85 Mio. Euro auf 80 Mio. Euro gesenkten Gewerbesteuererinnahmen als richtig erweisen, müssen die Ausgaben mittelfristig gesenkt werden oder zumindest gesenkt werden können.

Die Vorschläge dazu müssen aber schon von der Verwaltung selber kommen und dann auch, wenn nötig, gegen den Gemeinderat hart vertreten werden. Nur nebenbei sei erwähnt, dass in den Dezernaten des Oberbürgermeisters und des Baubürgermeisters die größten Haushaltsvolumina und damit auch Einsparpotentiale liegen und nicht im Dezernat von Herrn Wersch. Wir sind gespannt, welche Aussagen von der Verwaltung während der Haushaltsberatungen kommen werden. Hoffentlich haben unsere drei Bürgermeister eine einheitliche Meinung. Für die FDP-Fraktion kommt die Stunde der Wahrheit mit der endgültigen Einführung der Doppik. Wenn die Abschreibungen, also der Werteverzehr pro Jahr, vollständig ermittelt sind, dann, erst dann wissen wir wie groß die Zuführung sein muss, um unsere Haushalte nachhaltig aufzustellen. Wegen dieser Nachhaltigkeit wollen wir deshalb nicht, dass dringend notwendige Sanierungen weiter verschoben werden. Das führt nur dazu, dass, wie in der jüngeren Vergangenheit geschehen, immer wieder zusätzliche Maßnahmen beschlossen werden.

Die FDP-Fraktion wird in diesem Jahr zunächst keine eigenen Anträge stellen, sie wird aber auf die Anträge der anderen Fraktionen reagieren und jetzt zehn Wünsche oder Anregungen artikulieren.

1. Die Verwaltung muss auf jeden Fall darlegen, welche Reaktionsmöglichkeiten es bei den stark gestiegenen Personalkosten in der Zukunft geben wird.
Derzeit sieht die FDP die Verwaltung mehr als ausgelastet an. In manchen Bereichen wird am Limit gearbeitet und dann sind aufkommende Fehler kaum zu vermeiden.
2. Trotz dieser Auslastung sind wir enttäuscht, dass die FDP-Fraktion bis heute nicht die Kostendarstellung aller Kindergärten, also auch die der kirchlichen, bekommen hat. Dies wurde uns während der letzten Haushaltsberatungen versprochen. Die Baumaßnahmen der Kindergärten werden inzwischen zu 100 Prozent von der Stadt Biberach bezahlt. In der wahlkampffreien Zeit sollte dem Gemeinderat einmal vermittelt werden, warum dieselbe Arbeit teilweise von drei verschiedenen Stellen verrichtet wird.
3. Zusätzlich zur mittelfristigen Finanzplanung erstellt die Verwaltung ein zu erwartendes Sanierungs- und Neubauprogramm für die nächsten 10 Jahre mit groben Kostenschätzungen. Die Kostenschätzungen werden jährlich fortgeschrieben.
4. Verwaltung und Gemeinderat müssen zu schnelleren Entscheidungen kommen. Eine nicht optimale Entscheidung ist immer noch besser, als gar keine Entscheidung. Als Negativbeispiel sei an dieser Stelle die Klärung der Standorte für die Grundschulen genannt.
5. Für die Zukunft soll die Kämmererei auch die Funktion eines Controllers ausüben. So ist es zum Beispiel besser die Zeit von Frau Leonhardt präventiv einzusetzen, als zur Schadensabarbeitung wie im Fall Stadtwerke/e. wa riss.
6. So wollen wir den Haushaltsplan der Stadt Biberach in Zukunft pro Jahr mit einer anderen Stadt gleicher Größe verglichen haben, um zu sehen, wie andere Städte mit weniger Steuereinnahmen ihren Haushalt aufstellen.
7. Auch bei Bauobjekten wird mit anderen Städten verglichen. Die Frage, ob neu gebaut wird oder saniert wird, muss dem Gemeinderat genau vorgerechnet werden. Das Gleiche gilt für alle energetischen Maßnahmen.
8. Auch die Einnahmeseite muss jährlich überprüft und den wirtschaftlichen Verhältnissen angepasst werden.
9. Bei jeder Entscheidung muss überprüft werden, ob sie gut für Biberach ist.
10. Bei jeder Ausgabenentscheidung muss es klar sein, dass wir Steuergelder ausgeben.

Wie vor der Kommunalwahl versprechen wir unseren vollen Einsatz für eine realistische und pragmatische Politik mit langfristigen Zeit- und Zielperspektiven. Wir werden keinen Bereich des Haushaltsplanes ausklammern. Die zu beschließenden Maßnahmen müssen für alle Bürgerinnen und Bürger wichtig sein und nicht nur für Einzelne. Wie im letzten Jahr sagen wir von unserer Seite aus zügige Beratungen des Haushaltsplanes zu. Was die extra zu beratenden Eigenbetriebe angeht, so ist die Lage gegenüber dem Vorjahr unverändert und im Vorbericht von der Verwaltung deutlich beschrieben. Die FDP-Fraktion steht nun vor der schwierigen Entscheidung entweder dem Haushalt noch einmal zuzustimmen und auf Anpassungen in den nächsten zwölf Monaten zu hoffen oder den Haushalt abzulehnen, weil die Stadt Biberach wie schon vor 2006 wieder beginnt über ihre Verhältnisse zu leben. Der Austausch zwischen Verwaltung und Gemeinderat wird bis Mitte Dezember für uns eine Entscheidung herbeiführen.“ (Applaus)

Für die Linken trägt StR Heidenreich fünf Bemerkungen zum städtischen Haushalt vor. Er bezeichnet den Haushaltsplanentwurf als optimistischen, vorsichtigen Plan. Wirklich gefährliche Dinge würden in den Schatten gestellt. Er teile nicht die Meinung, dass die Lage durch Sparsamkeit allgemein und in den Krisenländern verbessert werden könne. Die Konjunktur sei in Biberach und allgemein von 7 Prozent Bruttosozialproduktüberschuss abhängig. Man sei schuldenfinan-

ziert von Ländern, in die Exporte flößen. Wenn eine weltweite Sparsamkeit greife, dann wirke dies auch auf kommunale Haushalte. Dann stelle sich die Frage nach Rücklagen.

Biberach tätige viele Bauinvestitionen und plane in Zeiten voller Haushaltsbücher. Dies sei unglücklich, aber möglicherweise seien bis zum Ausführungszeitpunkt die Antragsbücher nicht mehr so voll und das Handwerk freue sich. Eine Voraussicht des Konjunkturzyklusses über 15 Jahre sei nicht möglich.

Man plane ein Feuerwehrgerätehaus für 50 Mio. Euro und müsse sich die Frage stellen, ob die wenigen Sekunden, die die Feuerwehr durch eine bessere Logistik schneller am Brandherd sei, sich gegenrechnen ließen gegenüber der Alternative, eine Löschmannschaft einzustellen, die immer vor Ort sei.

Er meint, mehr Arbeitskraft würde oft etwas mehr helfen als viel neue Architektur.

Bei Kindergärten sei es eventuell besser, eine Mio. Euro günstiger zu bauen und dafür eine Kindergärtnerin mehr einzustellen. Als nächstes spricht er das Jugendhaus an, das man für rund 4 Mio. Euro plane ohne zu wissen, was dort geboten sein werde. Er appelliert, sich ein Vorbild an Landgemeinden zu nehmen, in denen die Jugendlichen ihre Hütten selbst bauen. In der Stadt Biberach stelle man einen Sozialarbeiter nach dem anderen ein, der danach schaue, was die Jugend treibe.

Weiter spricht er das Anrufsammeltaxi an, das erforderlich sei. Man verzeichne viel Verkehr. Beispielsweise stünden hinter dem Landratsamt viele PKW von Beschäftigten des Landratsamtes auf Anwohnerparkplätzen, was nicht kontrolliert werde, obwohl gegenüber ein Parkhaus sei. Dennoch plane man eine Parkhauserweiterung. Er fände es stattdessen besser, einen richtig guten Plan für einen guten ÖPNV aufzustellen.

Als verbesserungsfähig bezeichnet er auch die Radwege und nennt als Beispiel die Verbindung zwischen Wolfental Richtung Marktplatz, die man nicht ohne Überschreitung einer Verkehrsregel bewältigen könne. Dies sei jedoch harmlos gegenüber der Verbindung von Biberach über Umendorf nach Ringschnait. Hier müsse eine Bundesstraße gequert werden, was er als lebensgefährlich bezeichnet. Problematisch sei, dass nur leichte Probleme angegangen würden und schwere nicht. Als Beispiel nennt er die B 312 und meint, die Lkw-Schlangen müssten aus den Dörfern und der Stadt heraus und Güter gehörten auf die Schiene.

Abschließend geht er auf die e.wa riss ein, die für ihn ein Rätsel darstelle. Er habe keine Ahnung, wie sie entstanden sei. Schon das Gebäude sei seltsam. Dort stehe e.wa drauf und davor befinde sich ein Container ausgezeichnet auf die Stadtwerke Biberach, denen zur Hälfte die e.wa gehöre. Die andere Hälfte gehöre der EnBW. Er verstehe nicht, wie zwei so ungleiche Partner zusammengehen könnten. Die EnBW habe so viele Rechtsanwälte wie Biberach Einwohner. Er hoffe in seiner Stadtratszeit Aufklärung zu erhalten, wie diese Frage gelöst werden könne und die Stadt wieder die Hoheit über das Wasser zurückerhalte.

Damit endet die Rede von StR Heidenreich nach 10 ½ Minuten.

OB Zeidler dankt allen Rednern und meint, aus den Beiträgen sei deutlich geworden, dass alle das opulente Haushaltswerk studiert hätten, das nun in den Gremien besprochen, hinterfragt und durchforstet werde. Er dankt herzlich für die exzellente Vorarbeit, die eine gute Basis für die an-

stehenden Beratungen sei. Er zollt allen Rednern Respekt für die sehr gute Leistung. Antragschluss sei an diesem Tag gewesen und die Verwaltung bemühe sich um eine umfassende Aufklärung in allen Bereichen. 2013 habe man 142 Anträge und Anfragen erhalten, 2014 seien es mit 115 etwas weniger gewesen und aus Verwaltungssicht sei die Abwärtstendenz noch steigerbar.

TOP 4 Aufstellung der Änderung des Bebauungsplans "Ortsmitte Ringschnait"

228/2014

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 228/2014 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung erfolgte im Ortschaftsrat Ringschnait am 04.11.2014 und im Bauausschuss am 10.11.2014.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Für den im Lageplan Nr. 14-054 vom 20.10.2014 dargestellten Bereich – Flurstück Nr. 44 der Gemarkung Ringschnait – wird nach § 2 Abs. 1 BauGB ein Änderungsverfahren zum rechtskräftigen Bebauungsplan „Ortsmitte Ringschnait“ eingeleitet.

TOP 5 Bekanntgaben - Wasserschaden Wilhelm-Leger-Sporthalle

BM Kuhlmann berichtet von einem Wasserschaden an der Wilhelm-Leger-Sporthalle. Man habe von der Seite eingedrungenes Wasser unter der Bodenhülse festgestellt. Dieses gehe auf eine mangelhafte Abdichtung zurück. Ein Gutachter sei eingeschaltet.

OB Zeidler dankt für die Mühen der Sitzungsvorbereitung Ortsvorsteher Boscher sowie den Damen Steinhauser und Hiller. Dann lädt er alle zum Gespräch ein und wünscht einen schönen Abend.

Gemeinderat, 17.11.2014, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender: OB Zeidler

Stadtrat: Hagel

Stadtrat: Keil

Schriftführerin: Appel

Gesehen: EBM Wersch

Gesehen: BM Kuhlmann